

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Poststraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 8. Fernsprecher 801.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Abonnementpreis in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.00 Mk. Zu der Expedition und den Abgabestellen Vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 zft. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feste Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreise: die sechsgezeigte Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Restamtel Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 200

Nr. 24.

Magdeburg, Dienstag den 30. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Zum neuen Militärpensionsgesetz.

Die Hauptmeinung, die bei der Reform des die Offiziere betreffenden Pensionsgesetzes zur Geltung kommen soll, besteht darin, daß künftig der niedrigste Pensionsjahrs, der nach zehnjähriger Dienstzeit gewährt wird, $\frac{20}{100}$ des pensionsfähigen Dienststeinkommens beträgt, während bisher der niedrigste Pensionsjahrs sich auf $\frac{15}{100}$ belief. Ebenso wie bisher kommt mit jedem zurückgelegten Dienstjahr $\frac{1}{100}$ hinzu, so daß die Höchstpension, nämlich $\frac{40}{100}$ des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Dienststeinkommens, künftig schon mit 35 Dienstjahren erreicht wird. Bisher war dies erst mit 40 Dienstjahren der Fall.

Wie selbstverständlich gewinnen die obersten Chargen durch das neue Pensionsgesetz am meisten. Die Aufbesserung der untersten Chargen ist hingegen sehr gering, trotzdem diese bisher eigentlich Bettelpensionen erhielten, die einer gründlichen Erhöhung gewiß bedurft hätten.

Wir glauben die Konsequenzen des neuen Gesetzes am besten durch folgende Tabelle zu veranschaulichen:

Charge und Dienstalter	Bisherige Pension*)	Künftige Pension	Somit künftig mehr
Leutnant mit 10 Dienstjahren	488 Mark	756 Mark	268 Mark
Oberleutnant mit 14 Dienstjahren	808 "	1146 "	338 "
Hauptmann 2. Klasse mit 19 Dienstjahren	1666 "	2136 "	470 "
Hauptmann 1. Klasse mit 23 Dienstjahren	2503 "	3090 "	587 "
Major mit 27 Dienstjahren	3741 "	4665 "	924 "
Patentierter Oberleutnant mit 32 Dienstjahren	5034 "	6102 "	1068 "
Oberst mit 35 Dienstjahren	6236 "	7068 "	832 "
Generalmajor mit 35 Dienstjahren	8006 "	9012 "	1006 "

Betrachtet man die Rubrik der bisherigen Pensionen, so ergibt sich, daß die patentierten Oberleutnants, die Oberste und die Generalmajore überhaupt keine Pensionserhöhung benötigen, die Pensionserhöhungen der Leutnants, Oberleutnants und Hauptleute 2. Klasse dagegen unzulänglich sind.

Doch die Ungerechtigkeit, die wir hier festgenagelt haben, wird noch weit übertroffen von der Art, in der man den Generallieutenants und den Kommandierenden Generallieutenants die so wie so vollen Taschen noch mehr zu füllen sucht. Zu diesem hehren Zweck wurde die bisherige Bestimmung, wonach in den Fällen, in denen das pensionsfähige Dienststeinkommen mehr als 12 000 Mark jährlich beträgt, von dem überschüssenden Betrag nur die Hälfte auf das genaue Einkommen anzurechnen ist, kurzweg gestrichen. Dagegen — bemerkt der Entwurf des Gesetzes stolz — ist die Anrechnung der Dienstzulagen über 900 Mark auf $\frac{1}{2}$ ihres Betrages beschränkt. Bei dieser „Reform“ machen die Steuerzahler ein sehr schlechtes, die in Betracht kommenden Generale aber ein sehr gutes Geschäft, wie nachstehende Tabelle beweist:

Charge und Dienstalter	Bisherige Pension	Künftige Pension	Somit künftig mehr
Kommandierender General mit 40 Dienstjahren	16 493 Mark	19 485 Mark	2992 Mark
Divisionalkommandeur mit 38 Dienstjahren	11 077 Mark	13 059 Mark	1982 Mark

Für den Versuch, diese Generale aufzubessern, ist die schärfste Kritik noch zu mild. Wenn der Reichstag einer solchen „Verwendung“ der dem Volke mit indirekten Steuern auf die unentbehrlichsten Lebensmittel und harmlosesten Genussmittel abgetropften Reichseinnahmen zustimmt, dann beweist er, daß er sich zu einem Korps von Sasagern, das den Namen Volksvertretung direkt schändet, degradiert hat.

Unbegreiflicherweise wurde die bisherige Bestimmung, daß die Zeit einer Kriegsgefangenschaft bei der

Berechnung der zu gewährenden Pension auf die Dienstzeit nicht anzurechnen ist, auch in den § 18 des neuen Gesetzes aufgenommen. Dieser Paragraph, der für sämtliche Armees-angehörige gilt, hängt den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft kommen, einen Makel an, den sie nicht verdienen. Gerade tapfere Leute können leicht in Gefangenschaft geraten, weil sie bis zum letzten Moment ausharren und ihnen dann manchmal der Rückzug abgeschnitten ist. Außerdem fallen auch viele Verwundete und Kranke dem Gegner in die Hände. Ist ein Offizier wirklich ein Feigling, so wird er sich durch die bewußte Vorsicht nicht abhalten lassen, sich absichtlich gefangen nehmen zu lassen. Für diejenigen aber, die auf ehrenvolle Weise in Kriegsgefangenschaft geraten — und dies ist die er-
brückende Mehrheit — ist der § 18 eine namenlose Kränkung. Man denke einmal, daß ein Unteroffizier oder Offizier, dem in der Schlacht von einer feindlichen Granate der Fuß zerschmettert wurde, schwerverwundet Kriegsgefangener wird. Und ein solcher Mann wird durch den famosen § 18 mit Schande überhäuft, während andre, die sich rechtzeitig zurückziehen konnten, als Helden gefeiert werden. Der § 18 setzt indirekt geradezu eine Prämie auf Energielosigkeit und Mangel an Ausdauer, denn er läßt die Gefahr, vom Feinde gefangen zu werden, noch unangenehmer erscheinen, als sie es an sich ist. Allerdings kann die kaiserliche Gnade den § 18 unter besonderen Umständen außer Kraft setzen, aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß der Paragraph die Kriegsgefangenschaft überhaupt als ein Produkt der Feigheit brandmarkt. Außerdem ist es für einen Mann, der seine Pflicht bis zum Neuesten tat und dabei dem Feinde in die Hände fiel, sehr hart, wenn er alleruntertänigst bitten muß, daß er wieder unter die ehrenhaften Soldaten eingereiht wird. Nach unserer Anschauung sollte der Reichstag den § 18 gründlich korrigieren.

Was nun die beabsichtigte „Versorgung“ der Unteroffiziere und Mannschaften anbelangt, so besteht sie künftig nicht mehr in einer Pension, sondern in einer Rente, die ebenso wie erstere nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit des Invaliden bemessen wird. Wer sich gar nichts mehr verdienen kann, erhält den höchsten Betrag der Rente, die sog. Vollrente. Für die übrigen Abstufungen der Erwerbsunfähigkeit (teilweise, größtenteils) wird die Vollrente in 10/100 geteilt. Ein teilweise erwerbsunfähiger Invalide kann z. B. je nach seinem Gesundheitszustand 10/100 oder 20/100 oder 30/100 oder 40/100 der Vollrente erhalten. Uebrigens können Unteroffiziere sich auch durch lange Dienstzeit eine Rente erwerben.

Die Einführung der Renten bringt den großen Vorteil mit sich, daß sie dem Arzt bei der Festsetzung der Erwerbsunfähigkeit einen viel größeren Spielraum läßt als das bisherige Gesetz. Während bisher z. B. die teilweise erwerbsunfähigen Invaliden innerhalb ihrer Charge nur die nämliche Pension, die bei „Gewinnen“ 108 Mark jährlich betrug, erhalten konnten, sind, wie vorher schon erwähnt, künftig hier vier Stufen vorgesehen.

Auch auf dem Gebiet des Zivilverorgungs-scheines sind wesentliche Änderungen eingetreten. Bisher hatten auch dauernd ganzinvaliden Nichtkapitulanten auf ihn Anspruch. Konnten sie ihn wegen Krankheit nicht benutzen, so erhielten sie eine monatliche Entschädigung von 12 Mark. Künftig wird der Zivilverorgungsschein nur noch Kapitulanten zustehen. Und die Entschädigung wird nur mehr Kapitulanten mit mindestens zwölfjähriger Dienstzeit gewährt werden. Diese können zwischen dem Schein und der Entschädigung von 12 Mark monatlich oder, wenn sie für eine vernünftige Verwendung des Geldes Gewähr bieten, einer einmaligen Abfindung von 1500 Mark wählen. Invaliden Nichtkapitulanten kann auf Antrag ein Anstellungsschein ausgestellt werden.

Ein lehrreiches Selbstbekenntnis für die Zustände im Heere hat die Armeeverwaltung in ihrer amtlichen Begründung der Notwendigkeit der Zivilverversorgung ehemaliger Kapitulanten von sich gegeben, indem sie schrieb: „Die Aussicht auf Erlangung einer Anstellung im Zivildienste gibt den Hauptanreiz zur Kapitulation.“ Also nicht der „Roch des Königs“, nicht das hehre Waffenhandwerk bezaubert die Leute, sondern die Hoffnung auf ein angenehmes Zivillpöstchen!

Die Wirkung des neuen Gesetzes möge ein Beispiel lehren. Vorausgeschickt sei, daß wir bei der Pension nach den bisherigen Gesetzen die Zulage für die Nichtbenutzung des Zivilverorgungsscheines (144 Mark jährlich) in die Pension einbezogen haben. Bei den Beträgen nach dem künftigen Gesetz ist diese Zulage nur bei den Feldwebeln zur Rente gerechnet, weil von den Unteroffizieren im Allgemeinen nur die Feldwebel eine zwölfjährige aktive Dienstzeit hinter sich haben.

Charge	Bisherige Pension	Künftige Rente	Somit künftig mehr
Feldwebel, gänzlich erwerbsunfähig und zivildienstunfähig	540 Mark	1044 Mark	504 Mark
Sergeant, gänzlich erwerbsunfähig und zivildienstunfähig	468 "	720 "	252 "
Unteroffizier, gänzlich erwerbsunfähig und zivildienstunfähig	432 "	600 "	168 "
Gemeiner, gänzlich erwerbsunfähig und zivildienstunfähig	396 "	540 "	144 "

Man sieht, daß die Feldwebel bedeutend aufgebessert wurden. Ein gänzlich erwerbsunfähiger Feldwebel mit 12 Dienstjahren wird tatsächlich um 288 Mark mehr erhalten, als ein gänzlich erwerbsunfähiger Leutnant mit 10 Dienstjahren nach dem neuen Gesetz bekommen wird. Er wird mehr als das Doppelte der Pension bekommen, die einem invaliden Leutnant mit 10 Dienstjahren nach den bisherigen Gesetzen gewährt wird. Ja, ein solcher Feldwebel bezieht sogar um 236 Mark mehr, als ein invalider Oberleutnant mit 14 Dienstjahren nach den bisherigen Gesetzen bekommt.

Hervorgehoben sei zum Schluß der § 19 des Gesetzes, der bestimmt, daß Kapitulanten mit 12-jähriger Dienstzeit, denen die Würdigkeit zum Beamten nicht zuerkannt wurde, die Entschädigung für die Nichtbenutzung des Zivilverorgungsscheines nicht erhalten, wenn sie einen Mangel an ehrliebender Gesinnung befundet haben. Hoffentlich sorgt der Reichstag dafür, daß die Militärverwaltung die Soldatenschindereien endlich einmal als den Ausfluß eines Mangels an ehrliebender Gesinnung ansieht.
R. K.

Der erhabene Nikolaus.

Am Geburtstag Wilhelms 2. hielt die deutsche Kolonie in Petersburg den üblichen Festkommers ab, wobei es der deutsche Botschafter Herr v. Schoen an-gemessen und taktvoll fand, der russischen Gegen-revolution ein Loblied zu singen und die Freundschaft, die den Kaiser mit dem Kaiser von Deutschland verbindet, in überdeutlicher Weise zu feiern. Nach dem offiziellen Bericht führte Herr v. Schoen u. a. aus:

Im Innern war das russische Reich von neuen schweren Prüfungen heimgesucht. Die Klammern des Aufstiehs ist an vielen Stellen emporlodert. Es hat harter Arbeit und vieler Opfer bedurft, um sie zu erlösen. Ruhe und Ordnung ist wieder hergestellt; der Aufbruch ist niedergeklungen. Es steht zu hoffen, daß auch dieser Frieden als dauernd und gegenseitig sich erweist. Unser Vaterland ist den Schicksalen des russischen Reiches mit lebhaftem Anteil und dem festen Vertrauen gefolgt, daß die Staatsgewalt unerschüttert von den An-nahmen bleiben werde. . . . Besteht doch zwischen den er-habenen Herrschern, jähener Lieberkennung gehen, eine edle, aufrichtige Freundschaft, inuiger und ver-trauen-svoller heute als laum zuvor. . . . Möge sich der Wunsch erfüllen, den jeder von uns im Herzen trägt, und von dem wir nun öffentlich Kunde geben wollen, der Wunsch, daß das russische Reich, dessen dankbare Gäste wir sind, in friedlichen Bahnen sich weiterentwickelt, möge auf den Bahnen, die ein-weißer Herrscher ihm weist, daß er der Wohltaten ganz und voll teilhaftig werde, die der hochherzige Edellin des erhabenen Monarchen seinem Volke gewähren will. Diejem Wunsch, meine Herren, bitte ich Sie Ausdruck zu geben, indem Sie dem erhabenen Herrscher dieses Landes Dank und Pingu-bung geloben und mit in den An-nahmen: Seine Majestät der Kaiser aller Reußen, Nikolaus 2. Lebe hoch!

Daß russische Trauer deutsche Trauer sein soll, war bereits münzlich bekannt. Daß aber deutsche Reich-tümer auch russische Untertanen sind, und daß der Geburtstag des deutschen Kaisers auch der Geburtstag des russischen Zaren ist, hat erst der deutsche Botschafter in Petersburg herausgefunden.

Dieser deutsche Diplomat weiß seinen Monarchen nicht besser zu feiern, als dadurch, daß er einen fremden Monarchen in abstoßender Weise lobhudelt und die grausame Ermordung Hunderttausender russischer Untertanen — darunter Tausender Frauen und Kinder — die Entförmung der besten Männer des russischen Volkes als ein glanzvolles Ereignis der Weltgeschichte hinstellt. Selbst in jenen Schichten der russischen Gesellschaft, die zentren geblieben

*) Der Begründung des Militärpensionsgesetzes, der wir obige Zahlen entnehmen, ignoriert bei der Angabe der bisherigen Pensionenbeträge jene, die für die vor 1897 pensionierten Offiziere gelten. Ein Oberleutnant, vor 1897 verabschiedet, erhält mit 14 Dienstjahren z. B. nur 674 M. Pension, ein Hauptmann 2. Klasse mit 19 Dienstjahren nur 1436 M. Warum diese Taktik eingeschlagen wurde, weiß man nicht. Auf jeden Fall verschleiert sie einen Teil der in Betracht kommenden Verhältnisse. Der Verf.

sind, wird man finden, daß die furchtbaren Dinge, die sich im Laufe des letzten Jahres in ihrem Vaterlande zugefallen haben, schließlich doch nicht zu dem Zweck arrangiert worden sind, um die platten Festreden irgend eines geistlosen Allerweltshöflings zu verschönern.

Es ist wohl noch nicht vorgekommen, daß ein deutscher Diplomat seine Landsleute im Auslande zur „Singenbung“ an einen fremden Monarchen aufgefordert hat! Es mußte erst ein Herrscher von den erhabenen Tugenden eines Nikolaus geboren werden, um die deutsche Diplomatie in diese tiefste Gebärde der Untertänigkeit versinken zu lassen! Ein feiger Schwächling, der das letzte Stadium der russischen Revolution provozierte, indem er am 2. Januar des vorigen Jahres Tausende unbewaffneter Bürger in den Straßen Petersburgs zusammenfallen ließ und der dann in Augenblicken der Gefahr sich jedes heilige Versprechen abpressen ließ, um es hinterher — nach befristeten Wustern — schmöde zu brechen — ein Herrscher, der von den Massen seines Volkes kaum noch gehaßt, nein verachtet wird, wie sein Herrscher vor ihm verachtet worden ist — ein solcher Herrscher darf den Vertreter des Deutschen Reiches zu seinen Füßen erblicken. Es war schmachvoll — gewiß! — als deutsche Fürstendiener einen Napoleon umkrochen — immerhin, es war ein Napoleon! Es war der Geld von Jena und Austerlitz, nicht der Geschlagene von Mützen und Naujan! Es war der geniale Uhrmacher, der Rationalheld eines großen befürchten Volkes, kein legitimer Schwachkopf, der seine andern Siege zu verzeichnen hat als solche über das eigne Volk.

Nicht bloß in der deutschen Arbeiterschaft, nein, auch in bürgerlichen Schichten, überall, wo die Begriffe wahrer Nationallehre und echter Humanität noch nicht ganz erloschen sind, wird man die Rede des deutschen Gesandten in Petersburg mit einem Aufschrei der Entrüstung vernehmen, und selbst in regierenden Kreisen wird man sich kaum des Gefühls erwehren können, daß Herr v. Schön als allzu eifriger Diener der ihm aufgetragenem Politik sein diplomatisches Zukunfts-Nennunge verfehlt habe. Und wenn es in Deutschland nicht nur feile Höflinge, sondern wirklich kaiser-treue Männer gibt, so werden diese Männer in der Rede des Herrn v. Schön eine viel schlimmere Majestätsbeleidigung erblicken, als sie je ein betrunkenen Landstreicher ausgestoßen hat.

Befäßen wir in Deutschland eine konstitutionelle Regierung — welcher Parteirichtung sie auch immer angehören möchte — so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß Herr v. Schön mit seiner Rede vom Sonnabend auch seine Rolle in der deutschen Diplomatie für immer ausgespielt haben würde. Denn selbst, wenn man auf alle menschlich-sittlichen Maßstäbe verzichtet, und die Geburtstagsrede nur nach den Maßstäben einer nüchternen Nützlichkeitsspolitik beurteilt, so wird man finden, daß Herr von Schön ein erstklassiger Diplomat ist, der die Zustände jenes Landes, in das er zur Beobachtung und Berichterstattung entsandt ist, gar nicht kennt. Herr von Schön scheint von allem, was in Rußland vorgeht, nur das zu erfahren, was er in den Berichten der Petersburger Telegraphenagentur zu lesen bekommt. Sonst müßte er wissen, daß die Revolution, der er den Gefühlssturz verzeihen zu können glaubt, noch lange nicht zu Ende ist, und daß es darum etwas sehr Mißliches hat, die Solidarität, die zwischen der russischen und der preußisch-deutschen Monarchie besteht, bei einem Geburtstagsvortrag in bengalischer Befehlsform aufzugeben.

Die Rede des Herrn von Schön wird nicht vergessen werden, weil sie nicht vergessen werden kann. Sie ist und bleibt ein Brandmal des deutschen Nationalstolzes und der deutschen auswärtigen Politik unter der glorreichen Regierung eines Bismarck.

Wer ist der beste Freund des preußisch-deutschen Reiches? Das fruchtvolle Ungarn, dessen Volk in den letzten Wahlen jeden Beit von Kaiserherrschaft verdammt hat? Das große Frankreich, das einen radikalen religiösen Demokraten zur höchsten Würde im Staate erhebt? Das wiedergeborene Österreich, das am Jungferntage der Demokratie neue Kräfte leucht, und dessen Kaiser die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verweigert hat? Sie alle sind es nicht! Nein, Nikolaus, der Kaiser aller Reichen, und Nikolai, der Zücker aller Skandalhater und Strauchdiebe. — Kraus in Arm mit ihnen fordert der Fürst von Bismarck das zwanzigste Jahrs-jubelnd in die Schranken! Und daran, daß man zu einer solchen Politik der Schwachheit und des Wahnsinns, der Singenbung an den Zaren und der Treue für den marokkanischen Sultan, Goch und Gurra nur — wir daran erkennt man den — wahren deutschen Patrioten! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Januar 1906.

„Zwillingsbrüder“.

Was der Präsident des Reichstags, Graf Vallasprey, hat wie in jedem Jahre so auch in diesem seine Kaisergeburtstagsrede gewollt. In dem Bericht von bekannten Unterhändlerkreisen und anderen vorläufigen findet man diesmal aber doch auch eine recht auffällige und bemerkenswerte Stelle. Der Präsident führte aus:

In dem Tage der Geburt des deutschen Kaiserthums wurde auch der deutsche Reichstag geboren. Kaiserthum und Reichstag sind daher Zwillingsgeschwister, und Zwillingsgeschwister haben sich meistens sehr gern und von uns dann andern zu Gefallen, was sie können, nach solange die Zwillinge, der Kaiser und der Reichstag, das auch befolgen werden,

wird es gut gehen im Deutschen Reich. Natürlich muß das einseitig sein. Der Reichstag muß die Politik des Kaisers unterstützen, er muß auch die Mittel bewilligen, die dazu nötig sind, um mit achtunggebender Macht den Treiben aufrechtzuerhalten. Freilich hat er dabei noch andere Rücksichten zu nehmen; denn er ist der Vertreter des Volkes, des energiegelandenden Volkes, und deshalb muß er auch sehen, ob diese Mittel nicht die Kraft der Steuerzahler überschreiten. Aber im Allgemeinen (!) wird dies auch der Kaiser berücksichtigen . . .

Der Vergleich des Reichstagspräsidenten ist sehr hübsch. Zwar hat der englische Minister John Burns, ein Metallarbeiter seines Zeichens, in seinen Wahlagitationsreden geradeheraus erklärt, daß die Macht des Parlaments über allen „ererbten Autoritäten“ stehen müsse; wir Deutsche könnten aber einstweilen zufrieden sein, wenn die Vertretung des deutschen Volkes als „Zwillingsbrüder“ der Kaiserthum anerkannt würde und sich als solcher auch betragen lernte. Gegen diesen Grundsatz hat aber der Reichstagspräsident selbst verstoßen, indem er sich in Schmeicheleien gegen den Kaiser erging, wie sie der Reichstag nie von seinem „Zwillingsbrüder“ zu hören bekam.

Doch das nur nebenbei. Denn das politisch Bedeutsame der Präsidentenrede beruht nicht in ihrer herkömmlichen Sewilität, sondern vielmehr in jener zitierten Stelle, die zu ihr im grellsten Gegensatz steht. In streng konservativen Kreisen wird man mit Entsetzen vernehmen, daß der Präsident jenes Souveräns, das man dort schlechtthin das „Haus der Kerks“ zu nennen beliebt, es wagt, dem Kaiser die Zwillingsbrüder-schaft nicht bloß anzutragen, sondern gleich zuzusprechen. Es ist auch sehr merkwürdig, daß der Präsident die Rücksichtnahme auf die Kraft der Steuerzahler einzig allein als die Sache des einen Zwillingsbrüders, des Reichstags, hinstellt, während er vom andern, dem Kaiser, bloß meint, er werde im Allgemeinen solche Rücksichten auch anerkennen. Soll damit etwa gesagt sein, daß der Kaiser in einem besonderen Fall solche Rücksichten nicht oder nicht in dem Maße nehmen müsse, die der Zentrumsmann Vallasprey für angemessen hält, und daß darum zwischen den beiden Zwillingsbrüdern Streit bestehe?

Solche Erwägungen führen aber noch zu weiteren Gedanken. Zwischen den beiden Zwillingsbrüdern sind die Güter doch recht ungleich verteilt! Der eine hat bloß das formale Recht, das freilich tief im Volke wurzelt, der andre aber hat obendrein noch die ganze faktische Macht in Händen. Bis jetzt wird nämlich die Krone nur auf den einen Zwillingsbrüder, den Kaiser, nicht aber auf den andern, den Reichstag, vererbt. Will das Zentrum die Hand dazu bieten, dieses eigentlich recht unbrüderliche Verhältnis zu ändern? Und wird der Zwillingsbrüder Kaiser den Zwillingsbrüder Reichstag als ebenbürtig und gleichberechtigt anerkennen? Soll das so sein, dann wird der Reichstag auch erst lernen, müssen, sich als der Zwillingsbrüder des Kaisers, nicht aber als dessen in Ehrfurcht ersterbender gehorsamer Untergebener und alleruntertänigster Lakai zu benehmen!

Einstweilen freilich können wir an die ganze Bruderschaft noch nicht recht glauben. Zwar meinen wir, daß die Bruderschaft des Hauses, das das deutsche Volk vertritt, viel wertvoller und angemessener sein möchte, als die „edle und aufrichtige Freundschaft“ des russischen Selbstherrschers, die am selben Tage in Petersburg mit so herzbrechender Ueberchwenglichkeit gefeiert wurde — wir vermögen aber nicht zu beurteilen, wie man in maßgebenden Kreisen darüber denkt! —

Ein liberaler Protest.

Der Deutschen Reiches Kanzler hat am Donnerstag vor den preußischen Herren die süddeutschen Parteien arg gekränkt, die mit der Sozialdemokratie Wahlkompromisse abgeschlossen haben. In Bayern ist dadurch das Zentrum, in Baden sind die National-liberalen getroffen worden.

Ein Organ der letzteren, die parteihostile „Badische Landeszeitung“, kritisiert die Jurisdiction des preussischen Ministerpräsidenten mit folgenden Zeilen:

Wenn dem der preussische Ministerpräsident süddeutsche Verhältnisse und kaum er der allem die süddeutsche Sozialdemokratie? Nein! So eine Sozialdemokratie, wie sie in Baden nicht. Und warum nicht? Weil wir in Baden kein preussisches Regierungssystem und kein preussisches Wahlrecht besitzen. Weil wir in Baden nicht Kanonen und Schiken brauchen, wenn die Sozialdemokraten haben hatten und überlassen, weil wir in Baden die Unvernunft nicht mit Kanonen bekämpfen.

Was zur Abschreibung des „Wahlkompromisses“ zu sagen war, ist mehr als einmal wiederholt worden. Wenn Fürst Bismarck die Gründe nicht kennt, möge sie ihm ein Ministerialrat zusammenstellen und vorlesen. Vielleicht zweifelt er dann sein „niehts Bedauern“, das bei den Kompromissen seiner „Reichstagspartei“, das Verzeihen mit der Sozialdemokratie weit eher angebracht gewesen wäre. Warum aber elegantes Schweigen über jene Wahlkompromisse in Bayern?

Was der Rede des Reichstagspräsidenten schließt man den Eindruck, daß er sich ohne vernünftigen Grund die süddeutschen Sozialdemokraten von einfachen preussischen Schatzmachern seiner Umgebung sehr schlecht gezogen ist. Was die norddeutschen Verhältnisse anlangt, so mag Fürst Bismarck darüber sagen, was ihm am besten. „Bismarck sei in Deutschland nicht zu finden“, das hat zuletzt schon vom preussischen Ministerpräsidenten. Die Sozialdemokratie ist eine Partei der süddeutschen Parlamente. Die Sozialdemokratie ist die Ursache der einseitigen Politik. Sozialdemokratie und Pöbel sind bei uns in Süddeutschland, jedoch wir wissen, ganz verschiedene Begriffe. Fürst

Bismarck als preussischer Minister soll sehen, wie er in Preußen mit beiden fertig wird. Aber sein tiefes Bedauern für süddeutsche Wahlkompromisse hätte er sich sparen können.

Soweit das nationalliberale badische Blatt über die preussische Sozialdemokratie ein Urteil abgibt und sie in Gegenjag zur badischen stellt, ergreift es ihm wie dem preussischen Ministerpräsidenten, der die badischen Verhältnisse beurteilen will.

Aber davon abgesehen, führt das nationalliberale Organ einmal eine Sprache, die seine preussischen Parteianhänger von einer Ohnmacht in die andre fallen läßt. Womit bewiesen ist, daß es sogar mit der bedingungslosen Einigung der Mitglieder einer bürgerlichen Partei seine guten Wege hat; wieviel mehr mit der Einigung der Anhänger verschiedener Parteien.

Der erlauchte Fürst von Bismarck wird sonach noch einige Zeit warten müssen, bis die bürgerlichen Parteien in trauter Eintracht ihm das neue Sozialistengesetz präsentieren, also das Mittel, mit dem auch der — Dummste regieren könnte, das die Fähigkeit des erlauchten Staatsmanns Bernhard Bismarck am selben Tage überflüssig machen müßte . . .

Dresden - Chemnitz - Plauen.

Die sächsische Justiz bemüht sich noch immer, Wahlrechtsdemonstranten den Prozeß zu machen. In Dresden gibt's noch immer Prozesse, in Chemnitz flattern Strafmandate gegen Hochrufer und in Plauen stellte man gleich 15 Wahlrechtsdemonstranten vor die Richter. Die Angeklagten haben weiter nichts getan, als die andern Tausende und aber Tausende im roten Königreiche in den Dezembertagen getan haben: Sie gingen am 3. Dezember, einem herrlichen Sonntage, durch die Stadt spazieren. Das wurde von der Polizei als ein unerlaubter Umzug und als grober Unfug betrachtet.

Die Anklage richtete sich gegen den Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses „Schillergarten“, Genossen Diege, und 14 andre Genossen, die durch ihre Parteithätigkeit der Polizei bekannt sind und von dieser am 3. Dezember auf der Straße mit bemerkt und als Beruflakker des „Umzugs“ betrachtet wurden. Um liebsten hätte man wohl sämtliche Teilnehmer auf die Anklagebank gebracht. Da das nicht möglich war, so sollen nun die von der Polizei ausgewählten 15 für die andern mit büßen. Sie wurden auch sämtlich verurteilt; kein einziger Freispruch erfolgte.

14 Wochen Gefängnis und 45 Wochen Haft erkannte die erste Strafkammer.

Dem Genossen Diege wurden wegen Vergehens gegen das „Zweck“, genannt Vereins- und Versammlungsrecht vom Jahre 1850, im Zusammenhang mit grobem Unfug sechs Wochen Gefängnis zugemessen; zwei andre Genossen erhielten wegen Aufstaus je vier Wochen Gefängnis und wegen groben Unfugs je drei Wochen Haft; die andern 12 Angeklagten wurden ebenfalls wegen groben Unfugs mit je drei Wochen Haft bestraft.

Interessant ist die Begründung des Urteils. Es wird da gesagt, daß der Umzug durch die Stadt den Zweck in sich trug, nicht nur die Obrigkeit, sondern auch die übrigen gesetz- und ordnungsliebenden Bürger zu belästigen sowie zu beunruhigen und einzuschüchtern. Es sei eine Ungebühr, einen solchen Umzug zu veranstalten, ohne die Genehmigung dazu einzuholen und die Straßenpolizei davon in Kenntnis zu setzen. Ueberdies hätten die Teilnehmer ungebührlichen Lärm verübt durch die Hochrufe vor der Wohnung des Oberbürgermeisters und die übrigen Hoch- und Protestrufe auf dem Altmarkt; endlich hätten sie auch ihre Mißachtung gegenüber den Beamten durch laute Rufe zu erkennen gegeben. Geldstrafen zu wählen, hätte sich das Gericht nicht entschließen können, sich vielmehr verpflichtet gehalten, Strafen zu wählen, die die Sicherheit gewähren, daß sie von denjenigen getragen werden, denen sie auferlegt sind.

Man sieht, das Gericht ist in Plauen nicht weniger gründlich vorgegangen wie die dortige Polizei. Würdig reihen sich diese Urteile denen der Dresdner und Chemnitzer Gerichte an. Hätte sich die Polizei in Plauen so verhalten, wie die Berliner und Chemnitzer Polizei am 21. Januar, dann hätte es weder einen „Umzug“ noch „groben Unfug“ geben können. So aber müssen die Verurteilten brammen von Rechts wegen. —

Marokko und kein Ende.

Aus Paris wird der Magdeburger „Vollstimm“ geschrieben:

Die diplomatische Komödie, die zurzeit in Algier aufgeführt wird, erhält durch die Nachricht, daß zwischen Herrn v. Radowicz, dem deutschen Unterhändler, und Herrn Revoil, dem Vertreter Frankreichs, eine „Entrevue“, wie der diplomatische Fachausdruck lautet, stattgefunden habe, eine charakteristische Beleuchtung.

Deutschland war es bekanntlich, das die Konferenz verlangte. Kein Mensch wußte warum und am allerwenigsten wußten die übrigen Mächte, was sie an der Südpaz Spaniens tun sollten, aber man schickte Vertreter hin, teils aus Höflichkeit, teils weil es ziemlich gleichgültig ist; wo sich gerade der eine oder andre Diplomat aufhält.

Nun saßen sie da und saßen sich an. Man hat bisher über alles mögliche viele Worte verloren, dabei jedoch streng vermieden, etwas zu sagen. Das einzige Bemerkliche sagte der eine marokkanische Vertreter. Nachdem sämtliche Mächte die Souveränität des Sultans anerkannt hatten, fragte er, welchen Zweck dann die Konferenz noch habe? Die einzige Frage, die zu lösen ist, betrifft die politischen Schutzmaßnahmen. Interesse hat daran, außer Marokko, nur Frankreich als Nachbarn. Natürlich Deutschland, o! Deutschlands nationale Interessen verlangen — ja, was denn? Kein Mensch weiß es und Herr von Radowicz, der es wohl wissen muß, war bisher so stumm wie eine ägyptische Sphinx.

In dieser Art der Verlegenheit haben nur Herr White, der Vertreter der Vereinigten Staaten, und Herr Visconti-Venosta, der italienische Diplomat, eine Zusammenkunft zwischen Herrn Revoil und Herrn von Radowicz veranstaltet, denn „sehen Sie“, sagte einer der Diplomaten einem Vertreter eines französischen Staates, „die Konventionen und die offiziellen Sitzungen sind einfache Augenläusungen. In Wirklichkeit handelte es sich nur darum, Zeit zu gewinnen, um Frankreich und Deutschland in aller Souveränität unterhandeln zu lassen“.

Also jetzt wissen wir's. Deutschland wollte mit aller Gewalt keine Konferenz. Man tat ihm den Gefallen und führte eine kleine „Augenläusung“ auf. Deutschland hat also nicht nur eine Konferenz, sondern auch einen bedauerlichen Scheiternserfolg erzielt. — Jr.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Der Monatswechsel steht vor der Tür und damit die beste Gelegenheit, neue

Abonnenten für die „Volksstimme“

zu werben.

Polizei und Justiz haben den Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse mit einer Periode der Verfolgungen der Arbeiterpresse beantwortet. Anstatt den Arbeitern das Wahlrecht zu geben, droht man ihnen mit Kanonen, Flinten und Säbeln. Ihre Wortführer prozessiert man und die Redakteure ihrer Presse steckt man ins Gefängnis.

Es ist allzeit Brauch gewesen, daß die Arbeiter solche Anstrengungen der herrschenden Klassen, die Arbeiterbewegung zu schädigen, mit noch größeren Anstrengungen, für sie zu wirken, beantworteten. So soll es auch jetzt wieder sein.

Insbesondere die Magdeburger Arbeiterklasse ist es ihrer Selbstachtung schuldig, die bürgerliche Presse zu bekämpfen. Ist diese doch ihrer Rolle als freiwillige Polizeipresse bis zur Selbstentwürdigung auch in diesen Tagen treu geblieben. Sie wagte es nicht, auch nur eine Zeile über die polizeilichen und militärischen Maßnahmen des 21. Januar zu schreiben, entschädigte sich aber für diese erzwungene Enthaltensamkeit durch pöbelhafte Verleumdungen der Arbeiter, denen sie von Verbrechern und Zuhältern verübte Diebereien und Plünderungen an die Rockschürze hängen wollte.

Jeden Arbeiter und jede Arbeiterin sollte schon das Gefühl für Reinlichkeit, Anstand und Wahrheit davor behüten, eine solche Schmutzpresse noch länger zu unterstützen!

Schiffahrtsabgaben und sächsischer Landtag.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Kläglich und schwach wie zu allem, außer zur Wahlrechtsbewegung ist auch die Haltung der sächsischen Regierung zur Frage der Schiffahrtsabgaben. Kürzlich verhandelte die Zweite Kammer des Landtags über eine freisinnige Interpellation, wie sich die Regierung zur Absicht Preußens stelle, Schiffahrtsabgaben zu erheben, also

den § 54 der Reichsverfassung zu durchbrechen oder umzuwenden.

Fast alle Redner des Hauses, darunter sogar drei konservative, betonten die ungeheure Wichtigkeit des freien Wasserweges, der Elbe, zum Meere für Sachsen. Die Industrie des Landes werde geradezu einen schweren Schlag erleiden, wenn Preußen durchdringe mit seinem Plane. Genosse Goldstein vertiefte die Debatte, indem er darauf hindeutete, wie die preussischen Zunker die treibende Kraft bei diesem Plane sind, die die billige Wasserfracht für Lebensmittel verteuern möchten, um sich die vollen preistreibenden Wirkungen des neuen Zolltarifs zu sichern.

Die Antwort der Regierung wurde von fast allen Rednern als unbefriedigend empfunden. Denn der Finanzminister Dr. Müller begann mit einer Darlegung, daß der § 54 der Reichsverfassung, der die Erhebung von Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen verbietet und nur Abgaben zur Deckung der Kosten „besonderer Anlagen“ zuläßt, verschieden ausgelegt werden könne und daß die Ansichten darüber ebensowenig auseinandergingen, wie über die Frage, ob die Abgaben nachteilig für Handel und Industrie sein würden. Nachdem er so jeden grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben und den Befürwortern der Schiffahrtsabgaben das Spiel ungemein erleichtert hatte, fuhr er allerdings fort, daß die sächsische Regierung keine Freundin der Schiffahrtsabgaben sei und auf dem Standpunkt stehe, daß fiskalische Interessen niemals über die wirtschaftlichen gestellt werden dürften. Stamm aber war das Bravo! verklingen, das diesen Worten folgte, so gab der Minister die orakelhaften Sätze von sich, daß auf Einladung Preußens eine Weisprechung aller deutschen Regierungen über die Schiffahrtsabgaben stattgefunden habe. Ueber den Verlauf könne er keine Mitteilungen machen, da die Verhandlungen vertraulich gewesen seien. Er sei auch nicht in der Lage, zu sagen, welche Gestalt die Frage noch annehmen werde. Es sei „diplomatischer Rücksicht“ wegen auch nicht angängig, sich über die weitere Stellung der Regierung in dieser Frage auszulassen. Selbstverständlich werde sie das Interesse des Landes wahren und der Kammer darüber Mitteilung machen, sobald der Stand der Dinge es erlaube.

Diese Antwort mußte natürlich bei den ehrlichen Gegnern der Abgaben in der Kammer und im Lande mehr beunruhigend als beruhigend wirken. Man muß nach dieser Erklärung besichtigen, daß die sächsische Regierung „aus diplomatischen Rücksichten“ es an der nötigen Energie gegen die preussischen Pläne hat fehlen lassen und weiter fehlen lassen wird. Sie selbst kann allerdings zunächst wohl in Sachsen selbst keine Schiffahrtsabgaben einführen, nach ihrer Grundgebung und mit Rücksicht auf die Stimmung der Industriellen. Aber sie wird wahrscheinlich nicht die nötige

Courage haben, gegen die Abgabenbelastung des preussischen Teils der Elbe entschieden aufzutreten, und preussische Schiffahrtsabgaben auf der Elbe sind für die sächsische Industrie höchst verderblich. Vielleicht hat die Regierung Sachsens auch schon den Zeitpunkt zum Handeln, da es noch möglich war, eine erfolgreiche Opposition unter den deutschen Staaten wider Preußens Pläne zusammenzubringen, verpaßt und weiß, daß die Mehrheit bereits auf der Seite Preußens ist. Sicherlich hat sie in der Angelegenheit außerordentlich wenig Laktroiz gezeigt, und das erklärt sich wahrscheinlich aus der Tatsache, daß die Regierung Sachsens nur eine sehr laue Freundin der abgabenfreien Ströme ist. Ihre Stellung scheint weniger frei gewählt, als unter dem Druck der Zukunft eingenommen zu sein, der ja auch die Konservativen bewegt hat, von einer offenen Unterstützung der preussischen Pläne abzusehen.

Wie es wenigstens den agrarischen Elementen unter ihnen in Wahrheit ins Herz ist, das zeigte die Rede des konservativen Führers Opitz. Er stellte sich natürlich auch als Gegner der Schiffahrtsabgaben vor, aber er konnte nicht unterlassen, die preussischen Zunker gegen Goldstein zu verteidigen und hervorzuheben, daß die Landwirtschaft große Uneigennützigkeit beweise, wenn sie gegen die Abgaben eintrete, da die billige Wasserfracht preisdrückend auf landwirtschaftliche Produkte einwirkte. Zum Schluß spielte er der preussischen Regierung Waffen in die Hand, indem er den Sinn des § 54 der Reichsverfassung als zweifelhaft hinstellte und daraus den Schluß zog, es empfehle sich bei der Kompliziertheit der Frage nicht, einen allzu großen Druck auf die Regierung auszuüben. Die Konservativen verhinderten denn auch, daß einer Anregung Goldsteins entsprechend ein Beschluß der Kammer gefaßt wurde, um der Regierung eine Direktive zu geben; sie würgten vielmehr die Debatte durch einen Schlußantrag ab.

Die Industrie Sachsens erhält nach dieser Verhandlung die höchst erbitternde Aussicht, daß ihr in absehbarer Zeit preussische Schiffahrtsabgaben die Mittel- und Unterelbe als Wasserweg verteuern werden, dank der Schiffsahrt, mit der Sachsens Regierung wieder einmal die industriellen Interessen vertreten hat. Ob dann Sachsens Regierung unter dem Beifall der Agrarier nicht erklären wird, sie sei nun, blutenden Herzens natürlich, gezwungen, dem Beispiel Preußens zu folgen — wer möchte es verschweigen! Anscheinend steht ein neuer Schlag der Zunkerchaft gegen die industrielle Entwicklung Deutschlands bevor, den am letzten Ende wieder die Arbeiter in Gestalt gedrückter Löhne und verringerter Arbeitsgelegenheit ausbaden müssen. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Jahnke.

(41. Fortsetzung.)

Als ich am nächsten Morgen mit gelblichem Gesicht mit tiefliegenden Augen am Kaffeetisch erschien, dämmerte meiner Mutter eine Ahnung der furchtbaren Wahrheit auf.

Sie sah mich Iona mit seltsam verängstigten, forschenden Blicken an.

„Du trinkst nicht, Wilma.“

„Danke. Ich mag nicht. Ich hab' Gile, bin sowieso eine Viertelstunde verspätet. Du weißt, wie böse es ist, wenn ich zu spät komme.“

„Du siehst aber sehr schlecht aus. Laß abfragen, Kind, leg dich wieder hin.“

„Das geht nicht, du weißt es längst. Wer sollte mich vertreten? Daß ich elend aussehe, bemerkt mein Chef gar nicht; das ist meine Privatangelegenheit. Lade mich doch nicht, Mutter.“

Sobald ich aber an der Tür stand und meine Jacke zu knöpfen wollte, griff ich plötzlich mit beiden Händen in die Luft. Meine Mutter umfaßte mich und geleitete mich zum Sofa.

Als ich die Augen wieder aufschlug, da sah sie neben mir, todblaß, als sei ihr sechsen ein Geipensit vorbeigegangen. Und sie legte die zitternde, welke Hand auf die meine. . . .

Dann fragte sie:

Hätte sie gesagt: Mein Liebling, hast du einen Mann zu lieb gehabt, viel zu lieb, so sage es mir, deiner Mutter —

Ich hätte die Arme um ihren Hals gelegt und mit einem Ausschrei der Erlösung ihr alles, alles eingestanden. Denn der Name „Mutter“ war mir in dieser Nacht so heilig geworden, daß mich ein Schauer der Ehrfurcht vor mir selbst durchrüttelte.

Aber sie fragte anders. In harten Ausdrücken fragte sie, die mich wie Peitschenhiebe trafen. Mit einem verständnislosen Groll, mit einer Bitterkeit, die mir den Hals zu schnürte. . . . Sie sprang nicht hinzu wie eine Mutter, die ihr Kind in Todesgefahr sieht, sie schaute wie eine Dame der Gesellschaft, die vor etwas Unverhörtem stand.

Sie glaubte auch nicht an das, wonach sie fragte.

Ich richtete mich hoch auf. Ich sah sie an, als habe sie in einer unverständlichen Sprache zu mir gesprochen.

„Krank bin ich, ja. Ueberanstrengt. Ich werde mit dem Arzt sprechen. Und wenn ich erst gehört habe, was mir fehlt und was ich tun soll, werde ich es dir sagen, ohne daß du nötig hast, mich zu schmäheln.“

Dann ging ich hinaus, langsam, ohne mich noch einmal umzublicken.

Auf der Straße hab' ich leise vor mich hingelacht. Gelacht aus ungeheurer Angst vor dem neuen Schreckbild, das vor mir aufgetaucht war. . . .

Wenn ich meinem Kinde die Lüge als Mitgift in das Leben gäbe!

Die Lüge und die Verderbtheit und all die Gemeinheit, die wie hungriges Raubzeug durch die Finsternis friecht und dem gehetzten Nüchtlung auflauert! Wenn mein Kind mit dem Mal auf der Stirn geboren würde!

Herrgott, Herrgott! — Und während ich meinen Zeitartikel schrieb, hab' ich gebetet. Zu einem Gott, an den ich nicht glaubte. Gebetet, daß er mein Kind nicht die Heuchelei entgelten lassen möchte, zu der ich verurteilt war, — daß er mich unter der Wucht der Verachtung zusammenbrechen lasse, doch von meines Kindes Schultern jede Bürde hebe.

Gott half mir nicht. Er mußte ich mir selber helfen.

Ich erlangte also die Notwendigkeit einer spezialärztlichen Konsultation, — und meine Mutter glaubte mir.

Ausspannung — Ruhe für ein paar Monate.

Doch jetzt noch nicht, noch nicht! Vorher mußte ich noch viel Geld verdienen, mußte sparen, damit meine Mutter während meiner Abwesenheit leben konnte.

Und nun kam das Mergste: die mitleidigen Blicke der guten Bekannten. Jedem einzelnen mußte ich erzählen, was mir fehlte, zu welchem Arzt ich ginge. . . .

Und das Aller-Amerikaverste, Du: der Brief an den Mann — und die Antwort!

Die Hundertmarkscheine. Vier Scheine. Und der Todesdampf auf meiner Stirn dazu —

Zu seiner Schwester sollte ich gehen, ihr Pension geben. So blieb das Geld doch in der Familie. Aber nichts verraten, nicht ihn verraten! Um des guten Beispiels willen nicht! — Es sollte den Anschein haben, als ob ich seiner Beistand eines sei, dem er liebte und väterlich aus der Not half.

Natürlich mußte ich vorher überreden, damit das Kind

katholisch getauft werden könne. Dann kam eine Stelle in diesem Liebesbrief, die wörtlich lautete:

„Du gebrauchst in Deinen Briefen so oft den Ausdruck: „Dein Kind“, als wolltest Du dies Dein ganz besonders betonen. Zu allererst, liebe Wilma, ist es doch das Deine. Wir könnten bei derartigen Wendungen ganz sonderbare Gedanken kommen.“ —

Vier Wochen lang hab' ich mein armes Gehirn zergrübelt darüber, was ich nun tun sollte. Gegen den Uebertritt zu seiner Kirche bäumte sich jede Faser meines gemarterten Körpers auf. Und doch — doch: wohin sollte ich gehen? —

Immer näher schob sich die schwarze Wand, immer erdrückender erdriech mir ihre drohende Wucht.

Zu seiner Schwester wollt' ich schon gehen, nach der Hauptstadt, wo mich niemand mehr kannte, wenn es nicht anders sein konnte, — aber den Glauben wechseln? Viel Welchen Glauben hätte ich denn auch wechseln sollen? Jetzt nicht ein Zota mehr lügen, als um der Mutter willen unumgänglich nötig war! Nicht ein Zota mehr! —

Ich ließ mir Urlaub geben auf unbestimmte Zeit. Vater dem Vorwand, daß ich eine längere Spezialkur gebrauchen müßte. Meine aschgraue Farbe, mein schleppender Gang sprachen zur Genüge. Und dennoch, Du, ist niemand in meinem Heimatstädtchen eine Ahnung der Wahrheit gekommen. Wenigstens habe ich nie einen Laut darüber gehört.

Eine entfernte Verwandte, die in den letzten Tagen zu Besuch bei uns war, hat vielleicht einer allgemeinen Stimmung Ausdruck gegeben mit den tastenden Worten:

„Wenn ich nicht wüßte, Wilma, daß du Wilma Lattenberg bist, so könnte ich auf wunderbare Gedanken kommen.“ —

Ich bin nicht rot geworden, als sie das sagte. Als ich war ertrunken in dem Meer von Lüge, Furcht und Verachtung, das mich umvogte, in dem großen, großen Unglück.

Die Verachtung für ihn, der mich in dieses Meer hinausgeschoben, trug hundertfältige Frucht. Ich lernte die gesellschaftlichen Institutionen, die geheiligte „Sitte“ verachten, der ich bis dahin nur stumm und duckend getrogt. Ich konnte die Demut nicht mehr gegen den, der mich schlug. Ich litt mit einem innerlichen, schrecklichen Quälen, wenn auch schweigsam und geduldig äußerlich; denn ich litt für mein Kind.

An einem regengepeitschten Februartage nahm ich Abschied von der alten, weinenden Frau und begann den langjahren, grauenvollen Aufstieg nach Golgatha.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Achtung! Gemeinderatswähler!

Nur noch bis 30. Januar liegen die Listen zu den Gemeinderatswahlen zur Einsicht aus. Wer noch nicht Gelegenheits hat, sich zu überzeugen, daß sein Name in der Liste verzeichnet steht, muß unbedingt das Verzeichnis nachsehen. Da von verschiedenen Orten berichtet worden ist, daß die Listen dieses Mal sehr mangelhaft aufgestellt sind, ist doppelte Aufmerksamkeit am Platze.

Darum, Genossen, wer Einsicht ausüben will auf die Geschicke seiner Gemeinde, vergewissere sich noch in letzter Stunde, ob er überhaupt wählen kann. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Eine außerordentliche Generalversammlung hielt der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode am Sonntag den 28. Januar im „Volksgarten“ zu Wernigerode ab. Die Verhandlungen wurden um 3 Uhr nachmittags durch einen Gesangsvortrag des Gesangsvereins „Niederbund“ eingeleitet.

Die Leitung der Verhandlungen wurde den Genossen Albert Halberstadt, Hoffmann-Halberstadt und Hausmann-Halberstadt übertragen. Vorkonferenzen der provisorischen Tagesordnung wurden nicht beantragt, so daß folgende Punkte zur Verhandlung standen:

1. Beratung des Statutenentwurfs.
2. Beratung über den zu gründenden Bezirksverband.
3. Agitation und Organisation.
4. Beratung etwaiger Anträge.
5. Verschiedenes.

Ohne Diskussion wurde den ersten sieben Paragraphen des Statutenentwurfs zugestimmt. Beschlossen wurde, dem Reichstagskandidaten bezw. abgeordneten Sitz und Stimme auf der Generalversammlung zu gewähren. Ein Antrag, daß die Vorsitzenden der Bezirksstellen verpflichtet sein sollen, an den Generalversammlungen teilzunehmen, auch wenn sie nicht delegiert sind, wurde abgelehnt. Ein Antrag Wernigerode, daß bis zu 300 Mitgliedern sechs Delegierte, für jedes weitere Hundert ein Delegierter gewählt werden könne, wurde abgelehnt und es dabei beschlossen, daß für je 50 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden kann. Dem Vorort des Vereins, wozu Halberstadt wieder bestimmt ist, wird die Wahl des Gesamtvorstandes übertragen. Ueber die Berichterstatterpflicht des Vorstandes entspann sich eine lebhafte Debatte. Beschlossen wurde, daß der Vorstand alle Vierteljahrsberichte zu erstatten hat. In Orten, wo mindestens zehn Mitglieder sind, kann der Vorstand einen Bevollmächtigten bestimmen. Die Zahlstellen sollen alle Vierteljahre mit dem Hauptassessor abgerechnet und alle verfügbaren Gelder einfinden. In die Mitgliedsbücher soll das Parteiprogramm aufgenommen werden. Das Statut soll sofort mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1905 treten. In seiner Gesamtsatzung wurde das neue Statut einstimmig angenommen.

Dann wurde zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Amwesend waren 15 Delegierte aus acht Orten, und zwar aus Halberstadt Albert, Hausmann, Heller, Hoffmann, Müller und Schönfeld, aus Wernigerode Lehmann und Salzwedel, aus Oschersleben Hof, aus Wernigerode Esfara, aus Hafferode Bopp, aus Osterwieck Kunze und Löwe, aus Oschersleben Müller, aus Ilfenburg Schuch. Außerdem waren anwesend der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Bartels, ferner als Vertreter des Bezirkes, der Redaktion und der Kommission der „Volkstimme“ die Genossen Fabian, Wittmann und Ubede und für den Sozialdemokratischen Verein zu Magdeburg Genosse Haupt.

Bei der Stellungnahme zu der Gründung eines Bezirksverbandes beantragte Schönfeld die Abschaffung der Bestimmung in dem Bezirksstatutentwurf, daß Anträge um finanzielle Beihilfe an den Parteivorstand durch Vermittlung des Bezirksvorstandes zu stellen sind. Genosse Bartels hält das Arbeitsfeld des bestehenden Parteisekretärs bei dem acht Wahlkreise umfassenden Bezirk für viel zu groß. Die Arbeiten müßten doch die Genossen in den einzelnen Orten verrichten. Genosse Haupt wandte sich dagegen und legte die Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs dar. Auch Müller-Oschersleben trat für Gründung eines Bezirksverbandes und Anstellung eines Parteisekretärs ein. Nach eingehender Debatte erklärte sich die Generalversammlung mit dem Bezirksstatutenentwurf, der die Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs vorsieht, einverstanden, beschloß jedoch, die Delegierten des Kreises zu der demnächst stattfindenden Bezirkskonferenz zu beauftragen, für Streichung der Bestimmung einzutreten, daß Anträge um finanzielle Zuschüsse an den Parteivorstand nur durch Vermittlung des Bezirksvorstandes zulässig sind.

Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Genossen Albert Halberstadt, Müller-Oschersleben, Löwe-Osterwieck und als Stellvertreter Schönfeld-Halberstadt gewählt.

Zur Agitation empfiehlt Genosse Albert, die einzelnen Orte in Agitationsbezirke einzuteilen. In einer ganzen Reihe von Orten sei es möglich, Filialen zu errichten. Es müsse zu dem Zweck eine rege Agitation unternommen werden. Es entspann sich dann noch eine Debatte über die Agitation für die „Volkstimme“, bei welcher Gelegenheit Müller-Oschersleben mittelste daß den dortigen Genossen demnächst ein Vokal zur Verfügung zu stellen. Die bisherige arg vernachlässigte Agitation für die Presse soll einer regeren Platz machen. Im Verlauf der Debatte fragte der Genosse Fabian an, welche Stellung die Generalversammlung zu der Gründung des „Anzeigers“ in Halberstadt einnehme. Genosse Hoffmann-Halberstadt erklärt, daß die Partei gegen den „Anzeiger“ nicht vorgegangen sei, weil die Genossen ihn für ein unschuldiges Blättchen halten, das der „Volkstimme“ keinen Schaden bereiten könne. Als der „Anzeiger“ ohne Zutun der Partei erschienen sei, habe man daher dagegen keine Stellung genommen, um so mehr, da es lediglich ein Privatunternehmen sei. Genosse Bartels meint, daß es das Blatt für ungefährlich halte, da es mehr gewerkschaftlicher Natur sei. Man könne die Parteigenossen, die das Blatt lesen, doch nicht als Parteivertreter betrachten, doch dürfe man für das Blatt keine Propaganda machen. Genosse Albert stellt fest, daß der „Anzeiger“ in den Halberstädter Gewerkschaften viel Sympathien genieße. Wenn die Partei und die Gewerkschaften in scharfer Form dagegen Stellung nehmen, dann würde das nur Reflektoren für den „Anzeiger“ sein. Den bürgerlichen Blättern, die bisher von den Gewerkschaften noch die Inserate bekommen hätten, würden diese jetzt entzogen. Die Parteileitung hätte gegen das Blatt keine Stellung genommen, weil man darin keine Schädigung für die Partei erblicke und auch kein Recht habe, sich in Privatverhältnisse einzumischen. Schönfeld-Halberstadt meint, es sei jetzt schwer, noch etwas dagegen zu machen. Die Kommission der „Volkstimme“ mußte in der gegebenen Weise dazu Stellung nehmen. Löwe-Osterwieck: In den Köpfen der Halberstädter Genossen spukt noch immer der Wunsch, ein eigenes Blatt zu haben. Ohne die Sympathien der Halberstädter Genossen hätte der „Anzeiger“ niemals Eingang finden können. Der „Anzeiger“ ist der Anfang zu einem eignen Blatt der Halberstädter, das ist der Gedanke, der bei den Halberstädter Genossen im Hintergrunde schlummert. Nach einigen weiteren Ausführungen der Genossen Haupt, Bartels und Wittmann wird die Angelegenheit für erledigt erklärt.

Weitere Beratungsgegenstände liegen nicht vor.

Mit einem Schlußwort des Genossen Albert Halberstadt, in welchem er erklärt, daß die Halberstädter Genossen sich alle Mühe geben werden, ihren Fehler wieder gutzumachen, wird um 7 Uhr die Generalversammlung geschlossen. —

Schulkinderschutz.

Zum Schutze der Schul Kinder gegen Erkältungen infolge nasser Witterung hat die Regierung in Cpekn kürzlich nachstehende Verfügung erlassen:

„Erfahrungsmäßig sind heftige Erkältungen und Krankheiten der Schul Kinder in der nachfolgenden Jahreszeit häufig darauf

zurückzuführen, daß die Kinder in durchnähter Fußbekleidung in der Schule sitzen müssen. Das ist namentlich da der Fall, wo die Kinder auf dem Lande weite Wege zur Schule bei Regen, Schnee- und Tauwetter zurücklegen müssen. Wir empfehlen deshalb, die Schulleiter allgemein darauf hinzuweisen, daß gesundheitliche Schäden der Kinder durch Erkältung verhütet werden können, wenn auf die Eltern in geeigneter Weise eingewirkt wird, ihren Kindern Fußbekleidungsstücke (Strümpfe, Pantoffeln) zum Wechseln beim Betreten des Schulzimmers mitzugeben. Für arme Schulkinder würde die Beschaffung billiger Fußbekleidungsstücke zu genanntem Zweck bei der Gemeinde oder der Gutsbesitzer zu Anregung zu bringen sein.“

Ähnliche Verfügungen dürften auch für andre Regierungsbezirke empfehlenswert sein. Allerdings nach allem, was man von den „Gutsbesitzern“ Ostfriesens weiß, werden dort die Lieferungen von Pantoffeln und Strümpfen als eine neue „Schullast“ angesehen werden, gegen die sich die Gutsbesitzer aus Prinzip sträuben. Im übrigen würden hunderttausenden von Schulkindern auf dem Lande weite Wege erspart werden, wenn man überall für die nötigen Schulkanten sorgte und nicht kleine Kinder zwänge, um des Schulbesuches willen entlegene Nachbarörter aufzusuchen. —

Greau, 20. Januar. (Die Parteigenossen.) die in die Wählerlisten zu der Gemeinderatswahl noch keine Einsicht genommen haben, werden ersucht, dies sofort dem Genossen Wädner, Gartenstraße 19, mitzuteilen, damit die Liste, die nur noch am Dienstag ausliegt, nachgesehen werden kann. Demnächst soll auch zur Kandidatenfrage Stellung genommen werden. Das Lokal, in dem zu diesem Zwecke eine Besprechung stattfindet, ist bereits bekannt gegeben. —

Oschersleben, 27. Januar. (Ein gekrauchelter Ordnungsmann.) Der Stadtschulmann Brauns ist nach Veräußerung von Gütern und andrer Vergehen spurlos verschwunden. Der Ordnungswächter hat mit einem 15jährigen Mädchen unerlaubten Verkehr gepflegt, ebenso hat er versucht, ein andres junges Mädchen seinen Wünschen getätigt zu machen. Er schrieb an seinen Vorgesetzten, Polizeikommissar Jette, einen Brief, worin er denselben dafür verantwortlich machte, daß er Brauns, freiwillig in den Tod gehe. Zur besseren Durchführung des „Selbstmordes“ hat Brauns seinen Dienstrevolver in seinem Schrank zurückgelassen. B. ist verheiratet und hat Familie.

Oschersleben, 28. Januar. (Protest-Verammlung.) Die am 27. Januar im „Volksgarten“ abgehaltene Protest-Verammlung war von nahezu 600 Personen besucht. Genosse Haupt hielt das Referat über das Dreifassenswahlrecht und die russische Revolution. Reicher Beifall lohnte den Redner nach seinem zweifelhafte Vortrag. Die beiden Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Genosse Greiner ermahnte zum Anschluß an die Organisation sowie zum Abonnement auf die „Volkstimme“. Der Verlauf der Versammlung war ein musterghätiger. Der Gesangsvortrag des Arbeiter-Gesangsvereins am Schluß fand freudige Zustimmung. Für politische Schulung waren, so wie bereits am vorigen Sonntag sämtliche Parteimannschaften in Aktion waren, diesmal wieder die umfangreichsten Maßnahmen getroffen. Leider gab es aber auch diesmal nichts zu tun. —

Garbelegen, 27. Januar. (Manen als Revolutionäre.) Man weiß, daß der „rote Sonntag“ auch die Genüiter der Kinder auf das lebhafteste beschäftigt. In einem Dorfe bei Garbelegen hat ein kleines Mädchen sogar von Manen geglaubt, sie wären die roten Umstürzler. Das amtliche Kreisblatt gibt das Vorwissen wie folgt wieder: „Auf einem lebungsrit begriffen, kamen am Mittwoch mit roten, gelben und weißen Flaggen mehrere Garbelegerer Manen durch ein nahe Dorf getraht. Ein kleines Mädchen von 8 oder 9 Jahren, im Arm die Steinohle und in der Hand den Deckelkorb, trippelte zum Kaufmann. Es wurde von den Soldaten überholt, blieb stehen und schaute den Kriegesernten verwundert nach. Ein erwachsener guter Bekannter kam des Wegs daher, das Kindelein hielt ihn an und schüttelte sein belommenes Herzchen aus: „Was voran denn dat äben va Keris?“ „Dat sind Manen, mien Deern.“ „Huloo! n? sind dat söune, söune —?“ „Wat meinst denn da böck?“ „Ja mein söune, den Söndag hier Krieg moak'n boll'u, söune.“ „Ach so, denn meinst voll Demokroaten?“ „Jo, Demokroaten mein id.“ —

Halberstadt, 29. Januar. (Wochenplanplan des Stadttheaters.) Dienstag den 30.: 2. Abend von Friedr. Hebbels „Nibelungen“; „Kriemhilds Rache“. 3. Serie, gelbe Karten. Mittwoch den 31.: Ludwig Julius „Raskerabe“. 4. Serie, blaue Karten. Freitag den 2. Februar: „Samlet“. 1. Serie, weiße Karten. Sonntag den 4.: „Menschenrechte“. Ein Schauspiel aus dem russischen Volksleben in 4 Aufzügen von Fern. Strauß. 3. Serie, gelbe Karten. Anfang 7 Uhr.

Stahfurt, 28. Januar. (Der Wächterplatz) wird den ähsten Auf wieder verlieren, in den er durch das Prinzip des Bürgermeisters, die Prostitution möglichst zu lokalisieren, gekommen war. Herr Schmiedemeister Bischoff hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, gegen die Bordellbesitzer auf Aufgabe ihres Geschäfts geflagt, weil durch die Nachbarschaft der Bordelle sein Grundstück entwertet würde. Er ist auch mit seiner Klage durchgebrungen und hat ein obliegenden Urteil erstritten. Die übrigen Hausbesitzer der Nachbarschaft würden also gegebenenfalls das gleiche Urteil erzielen. Die Bordellbesitzer werden deshalb ihre Betriebsstätten verlegen und suchen sich im „Schönen Blick“ anzukaufen. Ob ihnen das gelingt, bleibt noch abzuwarten. —

Abonentenversicherung.

Das Wochenblatt „Nach Feierabend“ rührt gegenwärtig überall lebhaft die Werbetrommel. Uns sind in letzter Zeit aus unserm Leserkreise wiederholt Anfragen gestellt worden über die Nützlichkeit dieses Unternehmens. Zur Charakterisierung desselben seien daher einige Auslassungen wiedergegeben, die kürzlich der „Zeitungsvorlag“ veröffentlichte. Das Blatt schildert die Gewerkschaften des Blattes bei seiner Abonentenversicherung an der Hand folgenden Falles, wozu es bemerkt, daß daraus zur Genüge herorgehe, was von dem Unternehmen „Nach Feierabend“ zu halten sei.

„Am 29. September v. J. verunglückte auf Grube „Wilhelmshöhe“ bei Adorf der Wetterkontrollor Jos. Schiebach aus Urbach bei Adorf tödlich infolge Einatmens giftiger Gase. Da er zu seinen Lebzeiten Abonent des „Nach Feierabend“ gewesen war, machte seine Witwe ihren Anspruch auf die ihr nach den Bedingungen zuzehende Unfall-Veihilfe geltend. Es erschienen nun wiederholt Agenten des Blattes bei ihr, die sie hinstreiften und ihr versicherten, sie erhalte den Betrag so bestimmt ausgezahlt, daß sie schon darauf borgen könne. Es kam sogar einmal ein Agent zu ihr, der die Witwe unter Hinweis auf die ihr demnächst zugehende Summe zu bestimmten verschäufte, einen erheblichen Betrag davon zur Melame — in den Zeitungen zur Verfügung zu stellen, und zwar unter Hinweis auf eine andre Witwe, die es ebenso gemacht habe. Die Zeit verging und — das Geld blieb aus. Am 15. November endlich wurde der Frau Schiebach die Geschichte so langweilig und sie dachte denn der „Nürnberg Lebensversicherungsbank“, bei der die Abonenten des Blattes versichert sind, mit weiteren Schritten, wenn das Geld nicht in den nächsten Tagen gezahlt würde. Umgebend erhielt sie Bescheid, daß nach von der Grube erhaltener Auskunft der Tod Schiebachs nicht ganz ohne sein eigenes Verschulden erfolgt sei, und daß nach den Bestimmungen (§ 6) derartige tödlich verkaufte Unfälle nicht entgeltlich anzunehmend sind. Man wolle ihr aber trotzdem entgegenkommen und sich zur Zahlung der Hälfte des Betrages freiwillig verpflichten, wenn Frau Schiebach einmal dieses Entgegenkommen durch eigenhändige Unterschrift eines beigefügten Anerkennungsformulars anerkenne und zum andern die Echtheit ihrer Unterschrift amtlich beglaubigen lassen würde. Auf den

Kat guter Freunde ließ sich jedoch Frau Schiebach auf den ganzen Anshandel nicht ein, sondern erhob Klage auf Auszahlung der vollen Summe beim Landgericht, das in der Sache Termin zur Verhandlung auf den 20. Dezember v. J. ansetzte. Die „Nürnberg Lebensversicherungsbank“ wartete aber mit dem ihm „Nach Feierabend“ diesen Termin gar nicht ab, sondern erklärte sich bereits unterm 21. v. M. bereit, nicht allein den ganzen geforderten Betrag an die Frau Schiebach zu zahlen, sondern auch alle entstandenen Kosten, auch die des Anwalts der Klägerin, zu zahlen. Sehr charakteristisch war bei der Sache noch, daß seitens der Grube in ihrem bezüglichen Bericht mit keinem Worte angedeutet war, daß der Verunglückte in irgend einer Weise selbst mit Schuld gehabt habe an seinem Tode.“

Unser Leipziger Parteiorgan veröffentlichte kürzlich eine Zuschrift über die Versicherungspresse, jene Presse, die aus den Opfern kapitalistischer Wirtschaftsweise noch Kapital zu schlagen weiß und Kapital schlagen muß, um Geistesprodukte an den Mann bringen zu können, die sonst nirgends Annehmer finden würden.

Zu der Zuschrift wird u. a. folgendes ausgeführt: Es ist ohne weiteres klar, daß eine solche Presse den Gipfel der Vorrumpierung der öffentlichen Meinung bedeutet, da der wirtschaftlich Schwache nur allzuleicht geneigt sein wird, solche Ergüsse zu unterstützen, die ihm mit phrasenhaftem Geplär alle die pekuniären Vorteile vorgaukeln, die ihm aus der Verdammung der gebotenen Lektüre erwachsen sollen, einer Lektüre, die im Unablässigkeit über Romanform für die Verdummung des Volkes arbeitet. Daß die sozialdemokratische Presse durch ihre Aufklärungsarbeit oft in Konflikt mit jenen in „uneigennütigen“ Nächstenliebe überfließenden „segenspendenden“ Unternehmern kommt, ist der Beweis, daß sie noch immer ihre Schuldigkeit getan. Als solchen Beweis setzen wir es auch an, wenn der Leipziger Verlag „Nach Feierabend“ in Nr. 4 folgenden Wutschrei ausstößt:

„Unserm Unternehmen „Nach Feierabend“ hat sich vom ersten Augenblick seiner Gründung an eine Geselchenschaft an die Herzen gesetzt, für die ein Tritt mit dem Nagelstich die richtigste Quittung wäre. Der beispiellose Siegeslauf unseres Blattes, das heute 450 000 Abonnenten zählt, erfüllte so manchen Viedermann mit Gift und Galle, und besonders Zeitungen, welche an Abonnentenschwindeln leiden, gaben sich dazu her, dieses Gift gegen uns zu verpfeifen. Geschadet haben sie unserm Unternehmen dadurch nicht; im Gegenteil erfreut sich „Nach Feierabend“ einer unverwundlichen Gesundheit und bedankt sich verbindlich für die Reflektoren, welche jene Blätter beständig für ihn machen. . . . Neuerdings fällt nun diese Clique gieriger denn je über uns her, und zwar wegen einer streitigen Unfallsache.“

Diese Unfallsache wird nunmehr geschildert. Der Verlag führt dann fort:

„Das ist der einfache Tatbestand, der den uns feindlich gesinnten Blättern und ihren Hintermännern wieder eine erneute Gelegenheit bietet, ihrer Wut über die Erfolge von „Nach Feierabend“ Luft zu machen und uns mit den erbärmlichsten Angriffen zu überschütten. Warum erzählen diese Menschenfreunde ihren Lesern nicht, daß wir allein im Jahre 1905 beinahe 500 000 Mark auszahlten? Das ist aber die Art solcher Fabeln! „Verleumde nur sich drauf los, etwas bleibt immer hängen!“ Nun, trösten wir uns mit dem Spruch: Viel Feind, viel Ehr!“

Die Erregung dieses Versicherungsunternehmers können wir begreiflich finden, wenn wir bedenken, daß es noch immer eine Stelle gibt, die gegen jene Kapitalistenmoral zu Felde zieht, die die verkrüppelten und verstümmelten Gliedmaßen ihrer Mitmenschen als äußerst gewinnbringendes Ausbeutungsobjekt betrachtet, nämlich die aufgeklärte Arbeiterschaft.

Die Versicherungspresse liebt es, aus Gründen der Geschäftserkennung die mit dem Glorienschein uneigennütiger Wohltäter der Menschheit zu umgeben. Betrachtet man aber diese „Wohltätigkeit“ genauer, so wird jeder ohne weiteres erkennen, daß sie eine wahre Wohlthätigkeit für das Geschäft des Unternehmers ist. Rechnen wir nach Angaben des Verlags „Nach Feierabend“, so ergibt sich eine jährliche Abonnementsumme von 3 510 000 Mark, wovon dem Verlag 1 872 000 Mark, dem Zwischenhandel 1 638 000 Mark zufallen. Nicht berechnet sind hier die Entnahmen, die dem Unternehmen noch aus den Inseraten und Reflektoren zufließen. Hier „erblüht“ eine „Industrie“ aus den von der Gesellschaft vernachlässigten Pflichten gegenüber den Opfern kapitalistischer Wirtschaftsweise. Daß Staat und Gesellschaft diese Verpflichtung nicht in dem Maße erfüllen wie sie sie erfüllen müßten, ist, wie diese privatkapitalistische Ausbeutung ein Stück bürgerlicher Moral. —

Militär-Justiz.

Der Afrikakrieger. Der Reiter in der Schutzhup: für Südwafrika, Gustav Schiller, befand sich im August 1905 auf Urlaub in Lampersdorf, Kreis Reichensbach i. Schl. Am 6. August kehrte er aus dem Nachbarorte Weigelsdorf früh 4 Uhr angetrunken nach Hause. In der Alkoholfestimmung suchte er Streit mit ruhig des Weges gehenden Zivildisten, den Webern Scholz und Herzog, weil diese ihn nicht grüßten. (!) „Ich werde euch lernen (sol) einen Afrikakrieger grüßen, ihr Lumpen!“ rief er den beiden Vorübergehenden zu. Als die Weber sich diese Beleidigungen verbaten, zog der Soldat sein Seitengewehr und schlug damit Scholz über Arm und Hand, Herzog ins Gesicht. Den Webern, der ihn verhaften wollte, beleidigte Schiller. Da der Angeklagte von der Schutzhuppe entlassen worden ist, stand er als Mitglied des Bezirkskommando Striegan vor dem Prekslerer Kriegsgericht der ersten Division unter der Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung unter rechtswidrigem Waffengebrauch, Beharrungsverweigerung und Mähungsverletzung. Der Vertreter der Anklage führte aus, die im Größenwahn begangene rote Tat bringe hohe Strafe, der Angeklagte mußte sich fügen, daß er nicht mehr in Afrika, sondern unter zivilisierteren Menschen sei. Der Angeklagte bat um Freisprechung, er habe im April und Mai 1905 in Swalopmund an schwerem Tagesmühsam gelitten und sei wegen Geistesstörung entlassen worden. Er habe nicht gewußt, was er tat. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis. —

Ein anderer Vorgesetzter. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt stand vor dem Kriegsgericht der 1. Division in Mühlhausen der Sergeant der 5. sachsen Batteries des 1. Feldartillerie Regiments Johann Kopp, Schmiedegewerke aus Speier. Nach Freisprechung der Personalien beantragte der Offizialverleumdung. Der leutnant Gagel, wegen Gefährdung militärischer Interessen der Öffentlichkeit der Verhandlung von der Vertagung der Angeklagten bis zur Verurteilung des Urteils auszuschieben. Dagegen gab das Kriegsgericht auch statt. Das Urteil lautete für den Sergeanten Kopp unter Annahme eines „schweren Mißbrauchs“ auf 21 Tage Militärarrest. Dem Urteil schlossen sich an, daß Kopp im Dezember im Kaiserhof gelegentlich des Einvernehmens der jungen Mannschaft einem Kameraden den dienstlichen Befehl gab, einem hinter ihm stehenden Kameraden, weil dieser eine Übung nicht richtig ausgeführt hatte, in das Gesicht zu spucken! Der Rekrut befolgte den Befehl erst dann, als der Sergeant in energischem Ton den Befehl wiederholte. Bei der Strafmessung, heißt es in der Urteilsbegründung, kam als strafmildernd die gute Führung und die harte Kampfbereitschaft des Angeklagten in Betracht, als strafschärfend die an den Tag gelegte Hoheit. —

Vermischte Nachrichten.

* Vor und nach dem roten Sonntag. Aus Berlin wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: In der Berliner Gesellschaft lächelt man einander zu. Jeder u h z te natürlich immer schon, daß es so kommen werde, wie es kam. Selbstverständlich hat keiner im Ernst an die Revolution in Berlin gedacht. Der Morgen des 22. Januar ist unblutig und mit friedlichen Zeitungsnachrichten heraufgekommen und an einem Tischchen bei Josty sitzen zwei Herren mit mehrfach bernarbten Gesichtern und wunderbar durchgezogenen Schenkeln und polkifizieren.

„Geben Sie denn an Blut gedacht?“
„Was denn! Lernen Sie mich in Berlin Polizei kennen!“
„Meinen Sie denn, die Polizei hat dran gedacht?“
„Näherlich!“
„Und der Minister?“
„Kein Gedanke!“
„Und der Gouverneur, ich meine Erzherzog Sahnke?“
„Nicht 'ne Sekunde!“
„Und Wilow? Und... Und...? Kellner, noch eine Tasse Kaffee!“

„Niemand hat sich gefürchtet!“
(Pause. Man liest im „Lokal-Anzeiger“.)
„Wissen Sie, das hier, was die schreiben, ist auch ganz richtig! Zur Verhütung für das anständige Volk war das Militär da. Die breiten Schichten sind feige. Die wollen ein paar Regimenter in Waffen sehen. Das tut ihnen wohl. Wissen Sie, ich war zufällig an der Schloßbrücke, wie die Mannen über die Linden aufzogen und dann das Artillerie-Regiment Nr. 3...?“

„Und ich an der Friedrichstraße. Gab 'n Freund begrüßt, der die Dragoner führt. An allen Fenstern haben anständige Menschen gestanden und haben sich geireut. Kerls hätten das sehen sollen!“

„Ja, kennen Sie die Herrschaften! Kerls sind viel zu schlau, um sich Gefahren auszuweichen. Und dann wissen Sie, der Berliner Arbeiter ist hochmütig! Spielt lieber selbst Polizei.“

„Verhältnismäßig ist das noch gut!“
(Pause. Man trinkt Kaffee.)
„Aber wissen Sie, eins ist doch merkwürdig. War nämlich Abend vorher — ganz komisch — auf'm Presseball. Wissen ja, unke Geheimrats gehen auch immer hin, mit allen Töchtern. Na, da stand ich denn auch vor der... vor der... vor der Empfangslage. Und da war neben mir so'n Mensch, der kannte die Herren. Links, jagte er, das war' der Minister des Innern, Bethmann-Hollweg, und ihm gegenüber, auch vorm am Tisch, Erzherzog Sahnke. Gab' ich selber deutlich gesehen!“

„Ach was!“
„Und weiter hinten stand 'n schlanker Herr, tipp-topp, da sagte der Mensch, das war' der Polizeipräsident!“

„Man!“
„Und 'n Mann, der mit ihm sprach, so mitten in der Loge immerzu sprach, das war der Vorsitzende vom Presseverein, und wissen Sie, was der Mensch neben mir sagte: 'n Demokrat! Ein Demokrat! Hab' ich selber deutlich gehört!“

„Gut man Worte?“
„Ja, seh'n Sie 'n Moment lang dacht' ich fast, es war' so'n bißchen ostentativ das, mit der öffentlichen Meinung, wissen Sie, von der man immer spricht. Von wegen dem nächsten Tag, meint' ich; wenn's dann losgeht, die Herrschaften sind dagewesen!“

„Das glauben Sie?“
„Ne, nee. Es is ja nich losgegangen. Hat ja auch keiner im Ernst dran gedacht!“

„Eben!“
„Kellner, zahlent!“

* Der Blick in den Magen. Im Röntgen-Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wurde in jüngster Zeit eine Methode gefunden, die es zum erstenmal ermöglicht, die Verdauungskraftigkeit des menschlichen Magens genau zu kontrollieren, dabei technisch sehr einfach ist und dem Patienten keine Beschwerden bereitet. Die Bestimmungen der Internisten, die verdauende Kraft des Magens zu bestimmen, wußten sich bisher auf chemische Experimente beschränken; das neue Verfahren besteht in folgendem: Ein winziges Weizelchen aus Gohlschlagerhaut — so nennt man das ungeweinliche Oberhäutchen vom Blinddarm des Ochsen — wird mit Wismutpulver gefüllt und mit einem Zwirnfaden geschlossen. Das Weizelchen formt man zu einer Kugel und gibt es dem Patienten zum Verschlucken, gewöhnlich nach einer mäßigen Mahlzeit. Darauf wird der Unterleib des Patienten mit R-Strahlen durchleuchtet. Man erhält dann das radiologische Bild der betreffenden Organe. Man sieht nämlich das graue, verteilte Schattensbild der Weichteile der Bauchhöhle und in diesem Schattensbild, entsprechend dem Stande des tiefsten Magenpunktes, einen scharf konturierten freiformigen, intensiv schwarzen Fleck. Dieser Fleck ist das Bild des vom Patienten verschluckten Weizelchens mit dem Wismutpulver, welches weder löslich noch für die R-Strahlen durchgängig ist. Die Durchleuchtung wird abgebrochen; die nächste folgt sechs bis sieben Stunden später. In diesem Zeitraum hat die verdauende Kraft des Magens auf das Weizelchen eingewirkt. Ist das Weizelchen durch die Magenflüssigkeit gelöst worden, so muß sich sein Inhalt, nämlich das Wismutpulver, im Magen zerstreuen und mit dem übrigen Speisebrei vermischen. Das radiologische Bild, das man bei der neuen Durchleuchtung erhält, gibt dem Arzte also eine jünffällige Darstellung der Verdauungsverhältnisse des Patienten. In dem neuen Bilde erscheint nämlich der oben erwähnte charakteristische Fleck entweder ebenso scharf, freisporig und scharf konturiert wie auf dem Bilde nach der ersten Durchleuchtung, das heißt, daß das Wismutweizelchen noch im Magen verbleiben, daß also der Magen mit der Verdauung noch nicht fertig werden konnte, oder man findet den schwarzen Fleck nicht mehr vor, was bedeutet, daß die Verdauung bereits stattgefunden hat, denn nur in diesem Falle konnte das Wismutpulver sich gleichmäßig im Speisebrei verteilen. Aus der Länge der Zeit also, die notwendig ist, damit die häufige Umhüllung des Wismutpulvers verdaunt werde, läßt sich sowohl

auf die Schnelligkeit der Verdauung als auch auf die Qualität des Magenflüssigkeit ein sicherer Schluß ziehen. —

Meine Chronik.

Wer stiehlt — wird getötet.

Bürgerliche Blätter berichten: „Ein Besitzer in L. bei Posen merkte seit einiger Zeit, daß er auf seinem Speicher an Getreide bestohlen wurde. Trotzdem er die größte Aufmerksamkeit aufbot, konnte er den Dieb nicht erwischen. Deshalb stellte er eine Falle auf, und zwar in Gestalt eines Strides mit einer Schlinge, woran er ein Zentnergewicht anbrachte; sobald der Dieb durch die Tür in den Speicher gehen wollte, mußte er diese Schlinge passieren. Und richtig, die „Diebesfalle“ sollte diesmal nicht vergebens aufgestellt sein. Der Dieb geriet bei seinem nächtlichen Besuch des Speichers mit dem Kopf in die Schlinge, das Gewicht zog an und er wurde erdürgt. Am nächsten Morgen fand man den Mann — einen Einwohner desselben Dorfes — tot in der Schlinge. Der Bestohlene, der natürlich nicht gewollt hatte, daß die Folgen so traurige sein sollten, dürfte nun eine Strafe wegen fahrlässiger Tötung eines Menschen zu erwarten haben.“ Das ist ein tolles Stück, das sich der Besitzer erlaubt hat. Von einer fahrlässigen Tötung kann keine Rede sein. Der Besitzer mußte sich beim Vorstellen der Falle sagen, daß es sich um Tod und Leben eines Menschen handelt. —

Benzineexplosion auf der Straße.

Auf dem Rangierbahnhof zu Bremen stießen in der vergangenen Nacht zwei Waggons zusammen wobei ein 12000 Kilogramm enthaltender Benzintankwagen beschädigt wurde. Das auslaufende Benzin floß in den Straßenkanal, der gerade von einigen Arbeitern bei offenem Dicht gereinigt wurde. Es erfolgte sofort eine furchtbare Explosion, durch die drei Arbeiter getötet worden sind. —

Den Kopf zerquetscht.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend nach 11 Uhr im Zirkus Busch in Berlin. Ein Statist Meyer aus Meindorf geriet infolge eines unglücklichen Zufalls zwischen zwei schwere Requisitenstücke, die gegeneinander geschoben wurden. Ihm wurde dabei der Kopf zerquetscht. Er starb nach wenigen Minuten. —

Eine Bluttat.

Am Lehrter Bahnhof in Berlin spielte sich am Sonntag eine folgenschwere Tat ab. Hier verlebte der 31 Jahre alte Militärwärter Rudolf Boralla den Hauptsteuerantstehener Albert Piepenhagen, einen Mann von 46 Jahren, durch einen Revolverbeschuß schwer am Hinterkopf und tötete sich selbst durch einen Schuß in die rechte Schläfe. —

Einer Mutter Schreckenstat.

Aus Sieglar kommt die grauenhafte Kunde, daß dort eine plötzlich irrsinnig gewordene Frau versuchte, ihr vierjähriges Kind in den brennenden Ofen zu stecken. Als ihr dieses nicht gelang, nahm sie ein schweres Stachelisen und schlug unaufhaltsam darauf auf das arme Wesen ein, daß es später unter den Augen der Ärzte verstarb. Die Frau wurde in eine Irrenanstalt gebracht. —

Eine Redaktion von Offizieren gekämmt. Eine Anzahl Offiziere der spanischen Garnison Alcoa (Provinz Alicante) drang am Sonnabend wegen eines Artikels in die Räume des Blattes „Humanidad“ ein, zerstörte den Rest der Nummer, die den Artikel enthielt, und schleppte mit Gewalt den Direktor nach dem Gericht. Ueber die schändliche Selbsthilfe der Herren Offiziere wird das Gericht wohl auch noch ein Wortchen mitreden. —

Der Lotteriegewinn des Revolutionskrs. Bei der dieser Tage in Petersburg stattgefundenen Ziehung der russischen Prämienobligationen ist der Haupttreffer im Betrage von 200000 Rubel dem Ingenieur Alexander Sofolowitsch, einem der Hauptführer der revolutionären Bewegung in Rußland, in den Schoß gefallen. Der Gewinner ist gegenwärtig in der Peter- und Paulskirche interniert, wohin er auch durch die Reichsbank von dem ihm zugefallenen Haupttreffer verhaftigt wurde. —

Die Pest in Persien.

Amlich wird in Petersburg bekannt gegeben: Die persischen Provinzen Seistan und Chorassan sind als von der Pest infiziert und das Transkaspische Gebiet als von der Pest bedroht erklärt worden. Der Verkehr von Personen und Frachtgütern nach Persien erfolgt nur noch über sechs Beobachtungsstellen. —

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W., Lützowstraße 105), haben diesen Monat die Februarheft ihres 12. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Eugene Journière: Die französische Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen. — Richard Calver: Die Marokkotonferenzen. — Eduard Bernstein: Einige Randbemerkungen. — Emile Vandervelde: Frauenstimmrecht in Belgien. — Tom Mann: Arbeiterverhältnisse und Sozialismus in Australien. — Julius Meier-Graefe: Ueber Vincent van Gogh. — Anton Hendrich: Zur Psychologie des Sozialismus. — Hugo Poepfjch: Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. — Als künstlerische Beilage bringt das Heft ein Selbstporträt von Vincent van Gogh. —

Ende Januar erscheint „Rußland und die Revolution“. Von Adolph Braun. Agitationsausgabe (48 Seiten). Preis 20 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und direkt von der Präludischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.), Nürnberg. Vereine, die obige Broschüre für ihre Mitglieder beziehen wollen, bitten wir, direkt mit dem Verlag in Verbindung zu treten. —

Vereine und Versammlungen.

Buchdrucker. Eine allgemeine Versammlung aller tariflosen Buchdrucker-gehilfen Magdeburgs fand Sonntag vormittag in „Richard's Fest-

saal“ statt. In derselben hielt der Gehilfenvertreter des 6. Tarifkreises, Herr F. König-Halle, ein Referat über tarifliche Fragen. Die Versammlung erledigte geschäftliches, nahm einige Wahlen vor und beschloß nach längerer Diskussion die Abschaffung des Arbeitslosgentzels. —

Eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung tagte am Sonnabendabend im Lokale von Braunsch, um Stellung zu nehmen zu dem von der Zentralkommission der deutschen Tabakarbeiter einberufenen Tabakarbeiter-Kongress, der am Montag den 29. Januar in Berlin zusammentritt, um gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer zu protestieren. Als Delegierter der Magdeburger Tabakarbeiter wurde H. Bauer gewählt. —

Vereins-Kalender.

Statklub Dr. Band. Spielabend jeden Dienstag bei Chr. Duldhardt, Alte Neustadt, Hafenstraße 1. 303

Briefkasten.

G. B. 1. Sie sind wahlberechtigt. 2. Jeder Stimmberechtigte, mit Ausnahme der Beamten und vom Staat ernannten Mitglieder solcher Behörden, welche die Staatsaufsicht über die Gemeinden ausüben, weiter der besoldeten Gemeindebeamten, der richterlichen Beamten, Staatsanwaltschafts- und Polizeibeamten, Geistlichen, Kirchendienern, Volksschullehrern und Frauen. —

Gegner des Bureaucratismus. Anonyme Einsendungen wandern in den Papierkorb. —

Verband der Schuhmacher in Burg und freie Turner in Groß-Ostleben. Ihre Inserate empfangen wir erst Sonntag früh. Die Briefe wurden am Sonnabend wegen der Geburtsstagsfeier Wilhelm's 2. nicht ausgetragen. —

Burg. Für die Opfer der russischen Freiheitskämpfe gingen ein: Von den Filialmitgliedern der Schuhmacher 30,—. Von den Metallarbeitern 15,—. Vom Gefangenenverein „Maienruß“ 8,—. Auf einer Kintausgabe gesammelt durch Genossen Mäher 1,25. Zusammen 54,25. Insgesamt 101,42 Mark. D. S. G. B.

Marktberichte.

Magdeburg, 27. Januar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 169—172, mittel 160—167, gering 152—158, do. Sommer-gut 171—175, mittel 162 bis 170, do. Kolben Sommer-gut 175—180, do. Raugut 164 bis 170, do. ausländischer gut 188—194. — Roggen ruhig, inländischer gut 167—170, mittel 158—165, ausländischer gut 172—175. — Gerste stetig, hiesige Ebenalter gut 170—182, mittel 160—169, Land gut 158—168, ausländ. Futtergerste gut 132—142. — Hafer stetig, inländischer, gut 166—172, mittel 155—163, ausländ. gut 156—170. — Mais unverändert, zunder gut 133—135, amerikan. bunter gut 128—130. — Erbsen unverändert, hiesige Victoria, gut 190—205, mittel 170—185, do. grüne Folger, gut 210—220 mittel 190—200. —

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Saale, Elbe), date (26. Jan., 27. Jan.), and water level changes (+0.03, -0.09, etc.).

Milde.

Table with columns for location (e.g., Dessau, Mühldebrücke, Bardubitz), date (27. Jan., 28. Jan.), and temperature/level changes (+0.59, +0.73, etc.).

Aus dem Geschäftsverkehr.

Husten. Wer diesen nicht heilt, verflucht sich am eignen Leibe! Kaiser's Brust-Caramellen (feinschmeckendes Malz-Extrakt) sind ärztlich erprobt und empfohlen gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung und Rachentzündung. 4512 not. begl. Zeugnisse beweisen, daß sie halten, was sie versprechen. Pakete à 25 Pfg. zu haben in allen Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwaren-Handlungen. 1122 Vertreter für Magdeburg: J. Hohenhausen, Arndtstr. 8.

In dem neuen beginnenden 10. Jahrgang der im Verlage der Buchhandlung Bornwärt's erscheinenden Wochenzeitschrift „In Freien Stunden“ gelangt zum Abdruck:

Der verlorene Sohn

Roman von Karl Satze — illustriert von J. Damberger, München. Dieser Roman des schnell berühmten Verfassers hat bei seinem ersten Erscheinen die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Es ist ein Familienroman im besten Sinne des Wortes, nicht nur Unterhaltung nach des Tages schwerer Arbeit bietend, sondern auch belehrend, ohne doch anspornend zu sein.

Der Flüchtling

Don Robert Hartmann. Eine Novelle aus der Zeit der Revolutionskämpfe des Jahres 1848. Der Held ist ein junger, von den Schergen der Reaktion gehehelter Rebell, der durch ein unglückes Mädchen vor seinen Verfolgern gerettet wird. Außerdem enthält jedes Heft eine kleine Skizze oder eine kurze Novelle, keine unterhaltende oder belehrende Notizen und „Witz und Scherz“.

Die Buchhändler sollten den Beginn des neuen Jahrgangs bemerken, um diese in weiten Kreisen bereits gelannten und beliebten Wochenhefte in ihrer Familie einzuführen.

Den Arbeitern, ihren Frauen, den heranwachsenden Kindern bieten sie gediegenen Unterhaltungsstoff.

In jeder Woche erscheint ein illustriertes, 24 Seiten starkes Heft für 10 Pfennig.

Jeder sollte sich ein Probeheft kommen lassen!

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobstrasse 49.

Folgen des roten Sonntags.

Vor 8 Tagen las man in den bürgerlichen Zeitungen, die Sozialdemokratie habe sich lächerlich dadurch gemacht, daß sie die Begierde der Scharfmacher nach Arbeiterblut nicht stillte. Der Wahlrechtsreform komme man aber durch solche Demonstrationen nicht näher. Heute lesen wir in einem Artikel der „Magdeb. Ztg.“ folgendes:

„Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß Preußen sich entschließt, die Frage der Wahlrechtsreform mit einem großen Zuge zu lösen und auf diesem für die ganze Nation überaus wichtigen gesetzgeberischen Gebiete die Führung zu übernehmen, statt gezwungen hinterher zu hinken, wie es unweigerlich geschehen wird, wenn man noch länger zögert. Da im Reiche mit der Einführung der schrankenlosen Wahlrechtsgleichheit ein aufsehbares Zeit nicht wieder gutzumachender Fehler begangen ist, muß der größte Wert darauf gelegt werden, daß in den Einzelstaaten ein Wahlrecht besteht, das der Rücksicht auf das Staatswohl und auf den gerechten Ausgleich zwischen den verschiedenen Volksklassen nach Möglichkeit entspricht. Das starre Beharren Preußens auf seinem reaktionären Wahlrecht hat zum guten Teil seinen Grund in der Notwendigkeit, der demokratischen Entwicklung im Reiche das retardierende Gegengewicht zu erhalten. Aber die Folge ist, daß die süddeutschen Staaten, denen diese harte Widerstandskraft und auch der Wille dazu fehlt, zum gleichen Wahlrecht hinabgleiten, und daß, wie Webel nicht mit Unrecht triumphierend feststellt, eine Mainlinie entsteht, die den fortgeschrittenen Säulen von dem reaktionären Norden trennt. Das ist nicht heillos, weder für das Reich, noch für Preußen. Der größte deutsche Staat kann nicht für alle Zeit dieses Odium auf sich nehmen und sich im Reiche wie in der ganzen Welt als politisch verzopft verschreiben lassen.“

Daß der Nationalliberalismus alles andre ist, nur kein Freund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, weiß jedermann; es ist daher durchaus nichts Neues, wenn das Blatt der Magdeburger Nationalliberalen von der Einführung des Reichstagswahlrechts als von einem nicht wieder gutzumachenden Fehler spricht. Man kann sich auch denken, wie eine Wahlreform nach dem Herzen der Nationalliberalen aussehen wird. Beinhaltet das Blatt doch ausdrücklich, daß Preußen insbesondere deshalb eine Wahlrechtsreform vornehmen müsse, damit nicht alle Einzelstaaten, schließlich auch Preußen, zum gleichen Wahlrecht „abgleiten“. Aber trotz dieser Segnerstimmungen gegen ein gerechtes Wahlsystem vermag die „Magdeb. Ztg.“ doch das Dreiklassenwahlsystem nicht zu verteidigen. Es ist ja nicht das erstmal, daß sie seine Reformbedürftigkeit betont. Aber so dringend wie jetzt geschah es noch nicht, und hierin darf man wohl eine Einwirkung der sozialdemokratischen Wahlagitatorien sehen.

Der rote Sonntag beginnt zu wirken. —

Die Genossen, welche noch Karten zur Demonstrationsversammlung am roten Sonntag in Händen haben, werden gebeten, möglichst bald mit dem Parteisekretär abzurufen. —

Parteibibliothek. Die Parteigenossen, die noch Bücher in Händen haben, werden ersucht, sie Dienstag abend zwischen 8 und 10 Uhr im Parteisekretariat, Knochenhauerufer 27-28, abzugeben bzw. gegen neue umzutauschen. —

Der „General-Anzeiger“ als Feind des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Max Beyer, ein alldentischer Dichter, Witzenbarger und hier und da auch Politiker im antikommunistisch-reaktionären Sinn hat im „Tag“ des Herrn Scherl einer recht eigenartigen Landtagswahlreform das Wort geredet. Er schlägt vor, zunächst für ein Landtagswahlrecht, bei dem man in Preußen doch niemals an ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht denken könnte, die Wähler in drei Altersklassen zu teilen und den Wählern im Alter von 27 bis 30 Jahren eine, denen im Alter von 10 bis 35 Jahren zwei und denen über 35 Jahren drei Stimmen einzuräumen. Jeder Mensch mit seinen gefunden fünf Stimmen erkennt den reaktionären Wiederstand eines solchen Wahlrechts. Da die Lebensdauer nach statistischen Berechnungen mit der Wohlhabenheit steigt, würde ein Wahlrecht nach Beyer's Bescheid dem Besitz eines größeren Einflusses einzuräumen, wie ihm gebührt. Das hindert aber nicht, daß der Herr Chefredaktor Eiert vom „General-Anzeiger“, der jeden Sonntag von der hohen Warte seiner künstlerisch-politologisch gefärbten Weltanschauung aus die Weltanschauung seiner Leser passieren läßt, für Beyer's Vorschlag begeistert ist. Es sei eine „eigenartige prächtige Idee“. Beyer hat recht: Nicht Volkstum und erstere Wissenschaft machen den Heiligtums-Menschen, sondern nur die ernste Philosophie, die sich jeder durch Lebenserfahrung erwirbt. Zahlreich soll ein Volk über seine Geschicke mehr von dem gereiften Alter als von der überschäumenden Jugend beraten lassen. Man könnte diese Idee auch auf Reichstagswahlen anwenden. Es gäbe ein tolles Salto! Verläufig bleibt das Ganze aber nur Zukunftsmusik.

Das ist ja einfach ein toller Unsinn, was der „erste Philosoph“ hier verzapft, eine treffende Illustration zu Sallers verdamnter Verse:

Ihr sprecht, man soll das Alter ehren,
Doch könnt ihr niemals nicht belehren,
Daß eines alten Fiels Melodei
Harmonischer wie die des jungen sei.

Aber es verdient festgenommen zu werden, daß es der „General-Anzeiger“ ist, ein Blatt, das leider immer noch viele Arbeiter lesen, der in dieser Weise über das Reichstagswahlrecht urteilt. Um über die Polizeizustände am 21. Januar zu berichten, daß sollte Herrn Eiert der Mut. Seine „Lebenserfahrung“ jagte ihm wohl, daß der Verlag des „unparteiischen“ Blattes mit den Lieferanten des Polizeiberichts in Frieden leben will und vor Verlegerwürden kanakuliert

naturlich sein in andern Fällen immer nach Berechtigtem dürftendes Herz. Aber das Reichstagswahlrecht herabzusetzen, dazu hat der Oberndichter und Chefredakteur Wut und auch den Segen des Verlegers.

Die Arbeiter mögen sich das merken. Jetzt beim Monatsende kommt die Wahlrechtsjehndenschaft des „General-Anzeiger“ gerade gelegen. —

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter. Eine öffentliche Versammlung für die bei der Stadt Magdeburg beschäftigten Personen fand Sonntag vormittag im „Dreifässerbund“ statt. Mit hohem Interesse folgte die sehr gut besuchte Versammlung (es waren mindestens 300 städtische Arbeiter und Angestellte anwesend) dem Vortrag des Stadtverordneten H. Weim's über die Teuerungszulagen, deren Entstehung, gegenwärtige Wirkung auf die Arbeitslosigkeit und deren Folgen anschaulich und in fesselnder Weise geschildert wurden. Bei den niedrigen Löhnen der städtischen Arbeiter merkte diese gerade die hohen Preissteigerungen am meisten. Mit den hohen Löhnen der Subaltern- und höheren Beamten, die aber erst recht nicht zureichen sind, und ab und zu unangefangene Erhöhungen ihres jetzt schon angenehmen Gehalts durchsetzen, brauchen die städtischen Arbeiter allerdings nicht um Teuerungszulagen einzukommen.

Von einem städt. Arbeiter wird die Stellungnahme des Magistrats in der Frage der Denkschrift über die Lage und Löhne der städt. Arbeiter bedauert. Diese Denkschrift wurde auch von fast allen bürgerlichen Stadtverordneten gewünscht. Ferner ist auch den Paternenwärtlern, die doch ebenfalls städtische Arbeiter sind, der Sommerurlaub zu gewähren, ebenso wie die andern Verfassungen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu einem Antrag an den Magistrat auf Gewährung einer Teuerungszulage?“ wird von einem städtischen Arbeiter beantwortet. Wenn seitens der Stadtverordneten für die „bedürftigen Deutschen im Ausland“ eine Summe bewilligt wurde, so dürfte man wohl auch erwarten, daß für die notleidenden städtischen Arbeiter Mittel bereit gestellt werden. Ein anderer Redner weist auf die Teuerungszulagen und einmaligen Bewilligungen anderer Städte hin. Die hiesige Eisenbahnverwaltung erhöhte den Lohn um 3 Pf. pro Stunde. In Stuttgart und Pölna a. N. wurden 50 M. Teuerungszulage bewilligt, in Kachen und Stolberg 2 Wochenlöhne extra, in Kiel pro Woche 1,20 Mark, in Leipzig und Mainz 60 Pf.

Der nächste Redner gibt auf die Erklärung des Oberbürgermeisters ein, nach der in den letzten Jahren viel für die Arbeiter getan sei. Dies ist immer nur auf Drängen der Arbeiter geschehen; außerdem wurden noch einige Arbeiterarbeiten übertragen bei den alle drei Jahre stattfindenden Revisionen“. Daraus wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute am 28. Januar im „Dreifässerbund“ tagende Versammlung städtischer Arbeiter spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß durch die lang anhaltende Nahrungsmittelsteigerung die Arbeiterfamilien in eine Notlage geraten sind, worunter besonders die kinderreichen Familien zu leiden haben. Wir beantragen daher einmütig die Arbeitervereine, dahin zu wirken, daß uns der hochwohlwollende Magistrat in Nähe eine Teuerungszulage gewährt.

Ein Hasenarbeiter schildert hierauf die Verhältnisse am Hasen- und bedauert das Fehlen eines Arbeiterschutzes für den Hasenbetrieb, dabei konstatierend, daß die Stadt teilweise dort niedrigere Löhne zahle wie die Privatunternehmer. Ueber diese Zustände entspannt sich darauf noch eine längere Debatte. —

Das Geschäft der Firma Krupp blüht. Die „Tägliche Rundschau“ erfährt von unterrichteter Stelle, daß die Firma Krupp zurzeit derart mit Aufträgen besetzt ist, daß sie gezwungen war, den neuen Auftrag der Pforte durch freie Vereinbarung mit der Firma in Kreuzot zu teilen. —

Achtung, Drechsler! Der Drechslermeister R. Behling, Zeitungsentwerfer, weigert sich, die vertragliche Arbeitszeit einzuführen und die durchschnittlichen Löhne zu zahlen. Ein organisierter Arbeiter, welcher beides verlangte, wurde gemahnt. Im „General-Anzeiger“ sucht dieser Herr: Drechslergesellen — hierdurch dummerisch organisiert (?) oder nichtorganisiert. Das besagt genug. Aufgestaute Drechsler meiden diesen Betrieb, bis Herr Behling bemerkt. —

Dreifässerrevolte. Als im vergangenen Jahre die Steinener in Braunschweig streikten, fanden sich dort zwei Streikbrecher aus Magdeburg ein. Der Leiter des Streiks verhandelte mit den beiden, gab ihnen Reisgeld, bezahlte ihr Logis, die Arbeitswilligen nahmen das Geld, versprochen nach Hause zu fahren, rufen aber doch als Streikbrecher in Arbeit. Der Leiter des Streiks machte ihnen Vorhaltungen, er soll sie dabei als Unpater und Streikbrecher bezeichnen haben. Dafür hat ihn das Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die beiden Arbeitswilligen, welche als Zeugen gegen den Streikleiter auftraten, wurden aus dem Gefängnis vorgelassen, in das sie wegen von ihnen begangener Körperverletzungen gesteckt worden sind. Und diese „unwürdigen Elemente“ sollen sich nach Ansicht des Richters schon dadurch belästigt gefühlt haben, daß der Streikleiter an ihrer Arbeitsstelle verweilte, oder, wie der Richter sich geschmackvoll ausdrückte: Er hat sich als Anführer der Streikenden herumgetrieben. —

Polizeiliche Fürsorge. Ein Leser unseres Blattes teilt uns folgenden rührenden Beweis polizeilicher Fürsorge am roten Sonntag mit. Am Sonnabend den 20. Januar forderten Polizeibeamte die Fensterhüter der Häuser im Kobben auf, am Sonntag Titzen und Fenster zu schließen und für die größte Ruhe zu sorgen. Die Maßnahme, so meint unser Gewährsmann, erwies sich natürlich durchaus überflüssig. Es war in jener Straße am 21. und 22. Januar ganz besonders ruhig, weil die Furcht vor der Revolution die goldene Jugend zu Hause festhielt. Dagegen wäre es den Anwohnern des Viertels bei der Krügerbrücke nur erwünscht, wenn die Polizei beim nächsten Pferdemarkt ihre Maßregel wiederholen wollte. Dann wäre sie besser angebracht. —

Folgen einer Unfälle. Am Sonnabend nachmittag hing sich der zurecht 6jährige Sohn eines in der Kirchstraße wohnenden Maurers hinten an einen Brotwagen, der durch die Kirchstraße fuhr. Der Junge rutschte ab und wurde eine Strecke mitgeschleift, von dem Rade mit herumgerissen. Glücklicherweise kam der Junge mit einigen Abschürfungen und leichten Verletzungen davon, so daß er nicht im Krankenhaus, wohin er geschafft war, zu verbleiben brauchte. Aber immerhin wird der Vorfall den Eltern Veranlassung zu Ermahnungen geben, um der von vielen Kindern geliebten Unfälle, sich hinten an fahrende Wagen zu hängen, entgegenzutreten. —

Sundaktion. Am 31. d. M., von nachmittags 1 Uhr ab, werden in den Räumen des Fundbüro aus der hiesigen Eisenbahn-Direktion des Hauptbahnhofs, Eingang Wilhelmstraße, die auf einer dort ausgehängten Tafel verzeichneten gefundenen Gegenstände öffentlich meistbietend versteigert. —

Von der Strafe. Am Sonnabend nachmittag brach in der Leipzigerstraße kurz hinter der „Sonne“ an einem mit Zuckeräpfeln schwer beladenen Rollwagen der Firma Maquet die Vorderachse. Der auf dem Rollwagen sitzende Wagen bildete zurecht 20 Minuten lang ein Verkehrshindernis für die Straßenbahn. Die Gasse mußten auf einen andern Wagen geladen werden. — Unter den Eisenbahnwärtlern in der Wilhelmstraße fuhr am Montag vormittag ein einspanniger Milchwagen, der vom Güterbahnhof kam, mit voller Wucht gegen das Fuhrwerk einer Brauerei. Bei dem Zusammenstoß brach an dem Milchfuhrwerk, dessen Pferd auch erheblich in der Flanke verletzt wurde, die Deichsel. Die Personalien des Schuldigen wurden festgestellt. —

Vorsichtigkeit beim Abspringen von einem in Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahn brachte am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr einen in mittleren Jahren stehenden Herrn in eine ge-

fährliche und able Lage. Ein paar Meter vor der Bahn im Windstöße wollte der Herr, der auch noch ein größeres Paket in der Hand hielt, absteigen, ließ aber „in der Eile“ die nötige Vorsicht außer acht, rutschte ab und wurde eine Strecke mitgeschleift, sich dabei mehrmals überschlagend. Er kam so nahe an den Wagen zu liegen, daß die Leitstreifen der beiden Wagen über den Kopf hinweggingen. Nach Feststellung der Personalien trollte sich der Unvorsichtige, der glücklicherweise nur mit arg beschmutzten Kleidern und einigen Abschürfungen davongelommen war, von dannen. Neulich erlag er der angeblich aus dem Arbeitshause in Groß-Salze entwichenen Arbeiterin Auguste Bremer. Sie wurde in Budau, in der Nähe des Witzhusgartens, beim Ueberschreiten der Schönebergerstraße von einem Straßenbahnwagen erfasst und ein Stück mitgeschleift, kam aber mit einem Schreck und ganz unbedeutenden Hautabschürfungen im Gesicht davon. Sie wurde durch die Sanitätsschwärmer der Feuerwehr in das S-burger Krankenhaus eingeliefert. —

Unfälle. Der Schlosser Werner Heendorf aus Budau ist am Sonnabend in der Fabrik von Garrett Smith u. Co. von der Treppe gefallen. Er zog sich dabei eine Verrenkung des Armes zu und wurde durch die Sanitätsschwärmer der Feuerwehr von der Krankenanstalt S-burgerstraße abgeführt. Dort fand auch der achtjährige Knabe Paul Hansen aus Döbendorf Aufnahme, dem ein Kröpfchen auf das linke Bein gefallen war und der dadurch einen Bruch des Oberarmes erlitten hatte. —

Gesperrt ist die Tischlerwerkstätte von Cule, Große Döbberstraße 37. Robert Klein, Grünauerstraße, hat bewilligt. — Auch Herr Korbmachermeister Meinde, St. Michaelsstr. hat sich zu Verhandlungen noch nicht verleh. Die Werkstatt ist and fernere Zeit zu meiden. —

Von der Feuerwehre. Sonntag abend 7 1/2 Uhr wurde der erste Löschiug nach Altes Fischerufer 50 gemacht, woselbst ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Gefahr lag nicht vor. — Sonntag abend und Sonntag wurde der Sanitätswagen einmal in Benutzung genommen. —

Pauli im Firkus-Theater. Einen bunten Streich verübte in der Vorstellung am Sonntag nachmittag während einer Pause ein junger Bursche. Er hielt einem Mädchen ein brennendes Zündholz dicht ins Gesicht. Das Mädchen schrie vor Schreck laut auf. Infolge des Aufschreies brachen viele Personen in den Schreierausruf „Feuer“ aus. Eine große Panik entstand hierauf. Die Besucher stürzten zu den Ausgängen, kletterten über die Barrieren und Brüstungen, warfen Tische und Stühle durcheinander. Es entstand ein furchtbares Gedränge, die Ausgänge waren im Nu verstopft. Die Sicherheitswache hatte gleich erkannt, daß Gefahr nicht vorlag. Sie suchte die Menge, welche sich wie unruhig gebärde, zu beruhigen. Auch die Schutzleute unterstützten dies Bestreben durch laute Rufe: „Ruhig, ruhig bleiben“. Aber erst als die Notausgänge geöffnet waren, ließ das Drängen nach. Ein größerer Unfall hätte glücklicherweise nicht erhebliche Verletzungen der beteiligten Personen werden nicht erkannt. Verjährene Müssen, Pelztragen, Socks und andre Kleinigkeiten wurden verloren, zertrümmert oder auch bei der Drängelei zerissen. Die Vorstellung konnte dennoch ihren Fortgang nehmen.

Das Vorkommnis zeigte aber die Neugierigkeit, Rücksichtslosigkeit und Unvernunft des lieben Publikums im schäblichsten Lichte. Erklärerend war allerdings, daß bei der Vorstellung viel Kinder anwesend waren, aber gerade die Erwachsenen benahmen sich an demüthig und rücksichtslos. Bei aller Ruhe und Besonnenheit der Anordnungen und Polizei ist der Firkus in höchstens 5 Minuten entleert. Bei dem unvernünftigen Benehmen des Publikums aber sind die Ausgänge sofort verstopft. Wenn Ausbrechen eines Feuers sind die Besucher des Theaters, wie dies Vorkommnis beweist, weniger vom Feuer selbst bedroht, als von der eignen Rücksichtslosigkeit und Unvernunft. —

Letzte Nachrichten.

Das allgemeine Wahlrecht her!

Sd. Straßburg i. E., 20. Januar. Die von der reichsländischen Sozialdemokratie gestern im ganzen Lande veranstalteten 38 Demonstrations- und Versammlungen zugunsten der Einführung des allgemeinen, direkten Wahlrechts zum Landesauschuss verließen, soweit bisher Berichte vorliegen, bei starkem Besuch überall ruhig. Die militärischen Vorherrschaftsmaßregeln erwiesen sich als überflüssig. Von den Versammlungen wurden Resolutionen für die Einführung der direkten allgemeinen Wahl zum Landesauschuss angenommen, in denen gegen das gährende reaktionäre System der Feinhaltung breiter Volksschichten von der effas-lothringischen Landesgesetzgebung protestiert wird. Die Anwesenden verpflichteten sich, gemäß den Anordnungen der Sozialdemokratie zur Verwirklichung der Forderung der allgemeinen, direkten Wahl zum Landesauschuss kein Opfer zu scheuen und kein Mittel unversucht zu lassen. —

Straßburg, 20. Januar. Das hier garnisonierende Infanterie-Regiment Nr. 138 wurde gestern in Vereitlschaft gehalten wegen der Demonstrationsversammlungen zu Gunsten des allgemeinen, direkten Wahlrechts für den Landesauschuss. Die Mannschaften erhielten keinen Auschulung, die Offiziere mußten beim Regimente anbleiben, wo sie sich während des Tages aufhielten. Angeblich sollen auch noch andere Regimenter aus dem gleichen Grunde alarmbereit gehalten worden sein. —

Sd. Hamburg, 20. Januar. Zu einer Gabe an die verwunderten Schutzleute und zu einer Spende an die Gekerkerten der Schutzmannschaft erließen Hamburger Schutzleute und Großredner einen Aufruf. Die Schutzleute sollen erfahren, heißt es darin, daß diejenigen, die sie in früheren Stunden ihre Kraft einsetzten, auch für sie eingetretene Gewähr seien. In den letzten heißt es in dem Aufruf, daß sie durch Sozialdemokratische Umtriebe verunglückten. —

London, 28. Januar. Nach den bis gestern abend veröffentlichten Wahlergebnissen waren gewählt 352 Liberale, 12 Vertreter der Arbeiterpartei, 153 Unionisten und 81 Nationalisten. —

Madriwskol, 27. Januar. Matrosen drangen am 22. d. M. in das Waffendepot ein und bemächtigten sich der Gewehre und Munition; am folgenden Tage kamen sie zu einer Versammlung zusammen, wobei sie Waffen trugen. Nach der Versammlung zogen sie vor das Haus des Kommandanten, um die Freilassung von Gefangenen zu fordern; allein unterwegs wurden sie durch Maschinengewehrfener auseinandergetrieben. Am folgenden Tage erfuhr der Kommandant General Selikow, daß eine Batterie von mit Gewehren bewaffneten Matrosen genommen sei, begab sich zur Batterie, sprach zu den Leuten, und es gelang ihm anscheinend, die Anführer zu beruhigen; aber als er die Batterie verließ, eröffneten die Matrosen ein Feuer gegen ihn und verwundeten ihn am Hals und an der Brust. Sein Zustand ist gefährlich. —

Moskau, 28. Januar. Zu Sowel im Sanderment Woiwods, wo große Eisenbahnwerkstätten sind, ist ein betweffnetter Aufstand ausgebrochen. Mehrere Straßen nebst Markthallen und einem Kaufhaus sind niedergebrennt. Das Schwerefeuer dauert ununterbrochen fort. Dem Militär gelang es nach hartem Kampf, die Sarpiskraße von Revolutionären zu säubern, wobei einige Wohnhäuser aus Gefährdung befreit wurden. Die Zahl der Verwundeten des Soldaten ist enorm. Die Einwohner verlassen die Stadt. —

Petersburg, 28. Januar. Nach einer Privatmeldung verweigern seit 4 Tagen die im vorrückenden Kreuzgenäus untergebrachten Arbeiter delegierten jede Nahrungsaufnahme. Sie ziehen den Hungertod der Stellung vor die Anwesenheitsgerichte vor. —

